

Die Minderheitenproblematik in Estland und Lettland

Der Konflikt ohne Bewegung

(Svea Reubold 07.07.2003)

Irgendwo verstreut im Baltikum, genauer gesagt in Lettland und Estland, leben derzeit über 750.000 Menschen als Staatenlose, ohne Pass und ohne politisches Mitspracherecht. Diese Staatenlosen, die russische Minderheit im Baltikum, haben immerhin einen Bevölkerungsanteil von knapp 30 Prozent in beiden Ländern. Und in Moskau und Brüssel streitet man sich regelmäßig mit den Regierungen in Tallinn und Riga um den Status dieser Minderheit. Die Einzigen, die bei dem Streit fast nie zu Wort kommen, sind die ethnischen Russen selbst.

Von der Angst, eine Minderheit im eigenen Land zu sein

Der Ursprung des Minderheitenkonflikts am Baltikum liegt mittlerweile 60 Jahre zurück, als 1944 die vorher unabhängigen Staaten Lettland, Estland und Litauen der UdSSR angegliedert wurden. Die niedrige Geburtenrate dieser Jahre, eine Folge des Zweiten Weltkriegs, aber vor allem das Ziel Moskaus einen einheitlichen Sowjetstaat zu schaffen, sollte die Bevölkerungsstruktur Estlands und Lettlands dramatisch und nachhaltig verändern. Um dieses Ziel zu erreichen wurden zu Zeiten Stalins Massendeportationen von Esten und Letten nach Sibirien veranlasst. Gleichzeitig ermutigte man Russen sich in diesen Gebieten anzusiedeln. All dies führte dazu, dass Esten und Letten um das Überleben auf ihrem eigenen Territorium zu bangen begannen.

Zur Verdeutlichung ein Beispiel: in den Dreißigerjahren machten Esten 88 Prozent der Bevölkerung in Estland aus. 1989 waren es nur noch 62 Prozent. Der russische Anteil stieg in dieser Zeit jedoch von 8 Prozent auf 30,3 Prozent. Ähnliche Zahlen gelten für Lettland, wo der Anteil der russischen Minderheit 1989 sogar bei 32 Prozent lag. Als dritter Balten-Staat hatte Litauen nicht mit solchen und den kommenden Problemen der Einbürgerung zu kämpfen, hier lag der Anteil nur bei knapp sechs Prozent und die russische Minderheit konnte problemlos eingebürgert und integriert werden. In Estland und Lettland begann nach der Unabhängigkeit aber das politische Tauziehen um den Status der ethnischen Russen.

Hürden und Hindernisse für die Minderheiten

Als unabhängig gewordene Staaten vergaßen Estland und Lettland nicht die Jahre unter den Besatzern und die Angst davor, im eigenen Land zu einer Minderheit zu werden. Sicherlich war das die Motivation für die harten und diskriminierenden Gesetze und Maßnahmen beider Staaten, die sich vor allem gegen die ethnischen Russen richteten.

Nach der Unabhängigkeit wurde den meisten Russen die estnische, beziehungsweise lettische Staatsbürgerschaft zuerst verweigert. Beide Länder erließen ein Restitutionsedikt, dem zufolge nur jene, die bereits in der Vorkriegszeit Bürger der Republiken gewesen waren und ihre Nachkommen automatisch Staatsbürger werden konnten. Andere Einwohner des Landes wurden gezwungen, Aufenthaltsgenehmigungen zu beantragen – was sich hauptsächlich gegen die russischen Einwanderer richtete.

Die Einbürgerungen waren kontingentiert, an Altersstaffelungen gebunden und erfolgten nach harten Prüfungen in Sprache und Gesetzgebung. Die meisten der ethnischen Russen, die zu-

meist ältere ehemalige sowjetische Industriearbeiter waren, konnten aber diese Prüfungen nicht bestehen.

Auch der Arbeitsplatz konnte von den Sprachkenntnissen abhängen: Wen die Sprachpolizei erwischte und wer dann den Sprachtest nicht bestand, wurde gefeuert.

Die Kandidatur für politische Ämter bei Parlaments- und Kommunalwahlen waren ebenfalls an gute Sprachkenntnisse gebunden. Das kam staatlicher Apartheid und der politischen Entrechtung der russischen Minderheit gleich.

Die Folgen: Viele Russen wanderten aus, alleine 175.000 Menschen in Lettland. Die schlechte Situation der russischen Bevölkerung spitzte sich 1998 in Massenprotesten russischer Rentner zu. Darüber hinaus gibt es aber in beiden Ländern keinen aktiven, organisierten Widerstand der Russen gegen die restriktive Politik.

Der Druck von Außen

Es waren und sind vor allem die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Europäische Union (EU) und die Nato auf der einen und Russland auf der anderen Seite, die bereits seit Jahren auf Estland und Lettland Druck ausüben. In beiden Ländern gab es OSZE-Missionen, die die Entwicklungen kontrollieren und gegebenenfalls auf Missstände hinweisen sollten. Während der Vorbereitungen zum EU-Beitritt beider Länder wies auch Brüssel auf die Missstände hin und forderte eine rasche Lösung des Minderheitenproblems.

Russen aus Lettland klagten erfolgreich gegen die Diskriminierung vor dem Europäischen Gerichtshof und in den regelmäßigen Berichten der EU-Kommission wurde der Prozess aufmerksam verfolgt und Versäumnisse aufgezeigt. Aber während die EU keine direkten Konsequenzen für die Mitgliedschaft ziehen wollte, machte die NATO klar, dass der Beitritt nicht garantiert sei. Bei seinem Baltikumsbesuch 2002 erklärte NATO-Generalsekretär George Robertson Lettland und Estland unmissverständlich, dass eine Mitgliedschaft auch davon abhängen würde, ob die Haltung gegenüber der russischen Minderheit liberaler würde oder nicht. Russland protestiert regelmäßig gegen die Staatsbürgerschaftsregelungen, die Sprachpolitik sowie die Reduktion von Russischunterricht an öffentlichen Schulen. Gerade der russischsprachige Teil der Medien im Baltikum wird von Russland beeinflusst - Moskau nutzt so die Möglichkeit, sein strategisches Interesse an Estland und Lettland indirekt weiterhin zu vertreten.

Schrittweise Reformen und ein Ausblick

Nach den klaren Signalen der internationalen Organisationen haben Estland und Lettland die Einbürgerungs- und Sprachregelungen jetzt schrittweise gelockert.

In Lettland wird beispielsweise den nach 1991 geborenen Kindern Staatenloser automatisch der Erwerb der Staatsangehörigkeit zugestanden. Estland bemüht sich seit 2001 die Integration der russischen Minderheit zu verbessern, insbesondere in den Gebieten, in denen der russische Anteil bis zu 90 Prozent beträgt. In beiden Ländern wurde das Angebot von Sprachkursen vergrößert, weitere Restriktionen schrittweise abgeschafft, so dass die Zahl der Einbürgerungen deutlich stieg. Allerdings sind immer noch mehr als eine halbe Million der 2,4 Millionen Einwohner Lettlands staatenlos, in Estland besitzt mittlerweile fast die Hälfte der ethnischen Russen einen estnischen Pass.

Nach der Verurteilung vor dem Europäischen Gerichtshof 2002 hat Lettlands Parlament im Mai 2002 auch die Sprachklauseln im Wahlgesetz abgeschafft.

Prinzipiell ist aber der Minderheitenschutz in Estland weiter entwickelt als in Lettland. Die Sprachregelungen sind nicht so restriktiv und werden schneller abgebaut und auch in der Bildungspolitik ist man moderater, so kann etwa bis zu 40 Prozent des Unterrichts in einer anderen Sprache stattfinden.

Mittlerweile hat die OSZE ihre Missionen in Tallin und Riga geschlossen, damit wurde anerkannt, dass der Schutz der russischen Minderheitenrechte den europäischen Standards entspricht.

Was vor allem in Lettland noch fehlt sind schlüssige Konzepte für eine verbesserte Integration der ethnischen Russen. Die Verbesserung der Sprachkenntnisse ist sicherlich ein wichtiger Punkt, müsste jedoch ergänzt werden durch zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen und eine stärkere Unterstützung der soziokulturellen Maßnahmen.

So wird der Streit um die russischen Minderheiten noch weiterhin fortgesetzt werden zwischen den Regierungen in Tallin, Riga und Moskau, den Medien und mit den internationalen Organisationen. Diejenigen, die das Problem aber direkt betrifft, werden dabei wohl wieder nicht selbst zu Wort kommen: Die russische Minderheit ... irgendwo im Baltikum.

DasParlament

Nr. 08 / 21.02.2005

Zwei Säulen mit Hakenkreuz und Rotem Stern Estlands Russen und ihr Minderheitenstatus

Andrea Dunai

Im 1,4 Millionen Einwohner zählenden Estland leben 28 Prozent Russen, fast die Hälfte von ihnen lediglich mit dem Aufenthaltsstatus als „ständige Bewohner“. Sie verfügen über eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, haben einen Fremdenpass und zählen nicht zur EU-Bürgerschaft. Die neuen Reisemöglichkeiten, die Subventionen aus den EU-Töpfen kennen sie nur vom Hörensagen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes auf sich selbst gestellt. Putins Moskau ist ihnen genauso fern, wie jede estnische Behörde, aus der die kyrillischen Buchstaben verschwunden sind. Einen estnischen Beamten auf Russisch anzusprechen, erfordert eine Portion Selbstbewusstsein.

Die baltische Spezialität, die „singende Revolution“, mit der die estnischen Andersdenkenden 1989/90 die politische Wende einleiteten, hatte zunächst die Wiederherstellung der Demokratie und der kurzlebigen ersten Republik (1918 – 1940) zum Ziel. Estnische Esten und russische Esten galten in der Aufbruchstimmung als ein Volk, das kleinste übrigens im Baltikum. Doch die 1992 angenommene Verfassung behandelte die Minderheiten keineswegs großzügig und gewährte die Staatsangehörigkeit nur denjenigen, die bereits vor der sowjetischen Okkupation Bewohner des Landes gewesen waren. Somit nahm ein langwieriger und schmerzhafter Prozess der Vergangenheitsbewältigung seinen Anfang, in dessen Verlauf die verheerenden Folgen des Ribbentrop-Molotow-Paktes auf die russische Minorität zurückfallen sollten. Dieser blieb die Teilnahme an dem Referendum zur EU-Mitgliedschaft per definitionem versperrt.

Sitzt man heute in dem kaum beheizten Restaurant „Narva“ im russischen Bezirk von Tallinn, auf der anderen Seite der restaurierten, glanzvollen Altstadt, überkommt einen ein Gefühl von Zeitlosigkeit. Die gleichen Einrichtungsgegenstände und Speisekarten finden sich aller Wahrscheinlichkeit nach von Murmansk bis Wladiwostock. Hier ist es keine Schande, sich auf Russisch zu unterhalten, im Gegenteil, sogar die Kellnerin begrüßt die Gäste auf Russisch. Im Zeitungsständer liegen die beiden russischsprachigen Zeitungen, die „Estnische Jugend“ und „Der Tag in Estland“. Die dritte und einzige seriöse Tageszeitung „Estonija“ wurde wegen Geldmangel eingestellt.

Das „Narva“ ist die einzige bezahlbare russische Gaststätte in der estnischen Hauptstadt, und dort kommt man am einfachsten an aktuelle Informationen über die „eigene Lage“ heran. Eine junge Frau verteilt an den Tischen Informationsblätter und Anträge auf die estnische Staatsangehörigkeit. Marina ist nämlich vor kurzem „Estin“ geworden und betreibt jetzt eine Art „Ich-AG“. Sie beherrscht die Landessprache seit ihrer Kindheit, kennt die Geschichte ihrer Wahlheimat in- und auswendig, und ebenso die Paragraphen der estnischen Verfassung. Auf die Prüfung für das Erlangen eines estnischen Passes hat sie sich drei Jahre lang hart vorbereitet. Ihr absoluter Vorteil, und das sieht sie selbst so, war, dass ihre Eltern niemals in der Roten Armee gedient haben. Sie sind einfache Zugezogene aus dem sibirischen Perm (ehemals Molotow), denn in der Sowjetzeit war eine Eintragung in das Wohnregister von Tallinn viel unbürokratischer als beispielsweise in Leningrad oder gar in Moskau. Heute bietet die 40-jährige „billige“ Kurse in Estnisch an und übt kontinuierlich Lobbyarbeit in der Selbstverwaltung aus, um eine Genehmigung zum Erteilen von Nachhilfeunterricht zur estnischen Verfassung zu erhalten. Die russischsprachige Bevölkerung hat vor diesem Teil der Prüfung die größten Hemmungen. Die Überprüfung ihrer Dokumente, das heißt ihres Status nach 1945, ist in ihren Augen ein subjektives Kriterium, das letztlich durch die aktuell herrschende Geschichtsauffassung und im weitesten Sinne durch das gesellschaftliche Klima beeinflusst wird. Diesbezüglich sind die Zeichen jedoch nicht gerade ermutigend.

Der Tallinnsche Kulturführer nahm in seiner Ausgabe von 2002 eine neue Kulturinstitution auf: Das Okkupationsmuseum. In dem zweistöckigen gläsernen Gebäude befinden sich gleich hinter dem Eingang zwei Säulen, auf denen ein Hakenkreuz und ein Roter Stern abgebildet sind. In den Vitrinen stehen sich Relikte aus der Nazi- und aus der Sowjetzeit gleichsam die Schau: SS-Ausweise estnischer Bürger konkurrieren mit Unterlagen von KGB-Schergen, historische Dokumente von 1940 mit schriftlich überlieferten Befehlen aus dem Jahr 1944. Die ausgestellten Eisentüren von sowjetischen Gefängniszellen, russischsprachige Lebensmittelcoupons und Filme über die Besuche Breschnews in Estland nähren unbewusst, aber konsequent das Hassgefühl gegenüber der Sowjetära. Die begleitenden audiovisuellen Kommentare kennen nur die englische und estnische Sprache. Der Mann, der die Eintrittskarten verkauft, hält alle ausländischen Besucher automatisch für Finnen und erzählt begeistert, dass die Initiatoren des Museums um zusätzliche Kellerräume kämpfen, da neben den diversen hier ruhenden Lenins und Molotows bislang kein Platz für jüngst demontierte Skulpturen russischer Soldaten ist.

Letztere werden kontinuierlich aus den Parkanlagen und Plätzen Estlands entfernt. Die Geschichte ist typisch für Osteuropa: In der kleinen westestnischen Stadt Lihula wurde ein Denkmal zur Erinnerung an die „estnischen Freiheitskämpfer“ eingeweiht, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite der deutschen Besatzungstruppen gekämpft hatten. Tiit Madisson, Präsident des Landkreises, ehemaliger Dissident und prominente Figur der Unabhängigkeitsbewegung der 80er-Jahre würdigte in seiner Eröffnungsrede die Heldentaten jener estnischer Männer, die an der Seite der Deutschen gegen die Bolschewiki gekämpft hätten. Das Denkmal wurde über Nacht von seinem Sockel entfernt, und seither sorgen „Gegner der Gegner“ für das Verschwinden der Sowjetdenkmäler.

Mehrheit gegen Minderheit

In der öffentlichen Meinungsbildung und Diskussion indes klaffen die bereits etablierten Frontlinien weit auseinander. Die hiesigen Argumente könnten ebenso in jedem beliebigen postkommunistischen Land formuliert werden. Die Esten beharren mehrheitlich auf dem Standpunkt, dass es in Ermangelung einer estnischen Armee keine Schande gewesen sei, in der Waffen-SS zu dienen, und die russischsprachigen Esten wiederholen unermüdlich, dass die Befreiung des Landes der Roten Armee zu verdanken sei. Die Mehrheit gegen eine Minderheit. Wie dominant diese Kluft im öffentlichen Diskurs ist, bestätigt das Ergebnis einer Umfrage, demzufolge der Denkmalkrieg in der Chronik der wichtigsten Ereignisse des Jahres

2004 den dritten Platz verbuchen konnte. Vor dem Konflikt um Lihula rangiert nur der Beitritt in die EU und NATO.

Auch die kleine jüdische Gemeinde Estlands beteiligt sich an diesem Diskurs. Cilja Laud, die Vorsitzende der 3.000 Mitglieder zählenden liberalen Gemeinde, plädiert durchaus für ein Denkmal zu Ehren der gefallenen estnischen Soldaten. Anstelle einer SS-Uniform würde sie jedoch einen Soldaten darstellen, der in seinen Armen zwei Kinder hält; das eine ging – so Frau Laud – in die sowjetische, das andere in die deutsche Armee. Sie, als gebürtige Estin mosaischen Glaubens, hielte es für wünschenswert, wenn die zwei Traumata endlich in gemeinsamer Trauer aufgelöst werden könnten. So könnte man dann auch der jüdischen Tragödie Raum geben. Nüchtern betrachtet, scheint dieses Ziel kaum realisierbar. Elf Prozent der hiesigen Russen werden voraussichtlich noch lange mit einem Fremdenpass leben und sich für ihren russischen Akzent im Estnischen schämen. In die benachbarten baltischen Staaten, nach Helsinki, nach Westeuropa oder eben nach Moskau zu reisen ist für sie gleichermaßen schwer. Ohne Visum ist nur Russland zu erreichen, Bahnverbindungen existieren kaum noch. Hingegen geht es auf dem Flughafen in Tallinn hektisch her. Die Esten stehen je nach Muttersprache in getrennten Schlangen für „EU“- und „Nicht-EU“-Bürger vor den Kontrollpunkten. Die Pässe trennen ihre Wege.

Ein längst erwartetes oder erhofftes Szenario wird, wenn alles nach Putins Plan läuft, am 9. Mai dieses Jahres, am 60. Jahrestag der Befreiung auf diesem Flugplatz stattfinden. Staatspräsident Arnold Rüütel wird an diesem Tag – oder eben nicht – von dort aus nach Moskau starten, um an den Feierlichkeiten auf dem Roten Platz teilzunehmen. Eine Zusage wäre im Prinzip längst fällig. Dieser Tag ist in den baltischen Ländern seit der Wende ein gewöhnlicher Arbeitstag. Auch die Esten binden sich an diese Tradition und meinen, dass auf die Befreiung nahtlos eine Okkupation und damit Terror und Massenverbannung von Esten folgte. Die russische Minderheit träumt davon, dass 60 Jahre nach Niederlegung der Waffen ein

„Nasdarowje“ (deutsch „Zum Wohl“) aus einem estnischen Mund in der russischen Hauptstadt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum estnischen Pass bedeuten würde. Erst dann kann das Restaurant „Narva“ vermutlich zur Privatisierung freigegeben werden. Der estnisch-russische Dolmetscher dürfte mit der professionellen Übertragung der Getränke- und Speisekarte keine Schwierigkeiten haben. Nota bene, die Esten müssten heutzutage am besten wissen, was in den Töpfen gekocht wird. Vielleicht heißt das Gefühl der Zugehörigkeit auf russisch nicht umsonst „Ellbogengefühl“.



10.06.2005

Am Rande Europas

Mehrheiten und Minderheiten in Estland

von Malte Brosig

Wer heute die Hauptstadt Estlands Tallinn besucht, kommt entweder mit dem Schiff oder dem Flugzeug. Der Besucher, wenn er den Flughafen verlässt, blickt zuerst auf einen großen See, den Ülemiste Järv. Weiter entfernt im Norden sieht man dann meist schon die berühmten Türme von Tallinn. Das Herzstück Tallinns ist ohne Zweifel die Altstadt, die komplett restauriert Touristen aus ganz Europa anzieht. Deutlich erkennbar sind die deutschen Einflüsse in

der Architektur zu sehen. Tallinn (früher Reval) gehörte über Jahrhunderte zum deutschen Kulturkreis. Im 19. Jh. bildeten in den beiden wichtigsten Städten des Landes – Tallinn und Tartu (früher Dorpat) – Deutsche die Mehrheit, während auf dem Land die estnische Bevölkerung lebte. Heute sind nur noch einige hundert Deutschstämmige in Estland zu finden.

Vor allem vor Ende des Zweiten Weltkrieges gab es große Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung. Schon mit Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939 verließen viele Deutsche das Land. Estland fiel in die Interessenssphäre der Sowjetunion. Stalin ließ Estland kurzerhand besetzen. Der Untergang Hitlers ermöglichte schließlich die dauerhafte Besetzung des Landes. Estland verschwand wieder von der Landkarte, obwohl es gerade erst nach Ende des Ersten Weltkrieges unabhängig geworden war und seine Souveränität im Frieden von Tartu 1920 durch Russland bestätigt wurde. Die widerrechtliche Besetzung dauerte fünf Jahrzehnte, in denen Estland sein Gesicht fast vollständig veränderte.

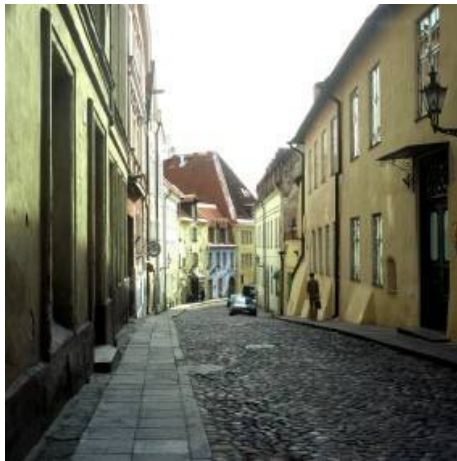


Seit ca. 300 Jahren leben auch Russen in Estland; sie wurden als nationale Minderheit offiziell anerkannt und waren estnische Staatsbürger. Vor der Okkupation betrug ihr Anteil ca. 10% an der Bevölkerung. Nachdem Estland zur estnischen Sowjetrepublik (ESSR) zwangsweise sowjetisiert wurde, wanderten durch eine gezielte Einwanderungspolitik Moskaus aus nahezu allen Teilen des Sowjetimperiums Menschen in das kleine Land ein, so dass man die neuen multi-ethnischen Bevölkerungsgruppen eher als russisch-sprachig bezeichnen muss. Der Anteil nicht-estnischer Bevölkerungsgruppen stieg auf über 30% an. Die massenweise Deportation von Zehntausenden Esten vorwiegend nach Sibirien hinterließ weitere Spuren und Narben die bis heute nur schwer zu heilen sind. Neben den militärischen Einrichtungen für die Rote Armee wurden im großen Stil Plattenbauten errichtet, um die neue Bevölkerung unterbringen zu können. Für die Esten bestand eine bedrückende Situation. In ihrer Hauptstadt Tallinn lebten bald 50% russisch-sprachige Bevölkerung, in Narva im Nordosten des Landes waren es schon 90%.

Neben der politischen Machtlosigkeit kam auch die Gefahr einer völligen kulturellen Marginalisierung. Die Esten drohten im eigenen Land zur Minderheit zu werden. Trotz aller schwierigen Umstände konnten sie sich jedoch ihre kulturelle Identität bewahren. Unterschiede zur nicht-estnischen Bevölkerung sind schnell entdeckt. Während Russland christlich-orthodox ist, ist Estland evangelisch-reformiert, während die Esten in lateinischer Schrift schreiben benutzt die russisch-sprachige Bevölkerung kyrillische Buchstaben. Vor allem die Besinnung auf die estnische Sprache und Schrift ermöglichte die Bewahrung der kulturellen Identität auch unter sowjetischer Besetzung. Die Beziehung zur eigenen Sprache war essenziell für das Überleben der estnischen Kultur. Die großen Sängerfestivals förderten auch den politischen Protest gegen die sowjetische Besetzung. Nicht ohne Grund wird der friedliche Sturz der sowjetischen Besatzer auch „Singende Revolution“ genannt. Wer damals dabei war, wird die Tage des Umbruchs nicht vergessen. Zeitweilig bestand durchaus die Gefahr eines gewalttätigen Konfliktes zwischen moskautreuen Gruppierungen wie der Interfront und der estnischen Nationalbewegung. Der Versuch, das Parlament zu erstürmen, scheiterte aller-

dings, im Gegensatz zu Litauen besetzten auch keine paramilitärischen Einheiten gewaltsam Staatsgebäude oder Rundfunkanstalten.

Ähnlich wie in Deutschland war die Freude nach der Wende groß. Aber auch hier setzte später die nüchterne Realität der Euphorie Grenzen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion traf Estland direkt. Die großen Industriekomplexe gingen in Konkurs und trotz wieder gewonnener Unabhängigkeit blieben zunächst noch tausende russische Armeeangehörige im Land. Zu Beginn der 90er Jahre nahm man an, dass viele Russen nun das Land verlassen würden. Einige Zehntausend Menschen kehrten tatsächlich in ihre früheren Heimatländer zurück, die überwiegende Mehrheit blieb allerdings. Für die russisch-sprachige Bevölkerung waren die Veränderungen noch gravierender, denn durch die Unabhängigkeit Estlands verlor ihr alter sowjetischer Pass die Gültigkeit. Viele bekamen aber keinen neuen, da die neue Gesetzgebung nur denjenigen die estnische Staatsbürgerschaft zugestand, die schon vor der Besetzung durch Stalin in Estland lebten. Die Mehrheit verlor ihre Staatsbürgerschaft, ohne dafür die estnische zu erhalten. Seit der Unabhängigkeit besteht das Problem einer großen Anzahl von Staatenlosen. Bis heute besitzen von den ungefähr 360.000 Nicht-Esten 178.000 keinen Pass.



Offiziell sind jene, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Estland siedelten, Immigranten, die kein natürliches Recht auf einen estnischen Pass besitzen, da die Zuwanderung während der Zeit der illegalen Okkupation geschah. Diese restriktive Regelung betraf zwei Drittel der nicht-estnischen Bevölkerung – mit noch immer weit reichenden Folgen. Als nationale Minderheit gilt in Estland (wie übrigens auch in Deutschland) nur wer auch die estnische Staatsbürgerschaft besitzt. Staatenlose, gleichgültig ob in der ESSR geboren oder nach der Unabhängigkeit zu gewandert, besitzen nicht den Status einer Minderheit.

Die Tatsache, dass während der ersten Parlamentswahlen die russisch-sprachige Bevölkerung durch diese Gesetzgebung praktisch ausgeschlossen wurde, da die meisten Betroffenen keinen estnischen Pass erhielten, hat im Ausland und vor allem in Russland Empörung hervorgerufen. Man sprach sogar von einer „ethnischen Demokratie“, die ein Wahlrecht nur der ethnisch estnischen Bevölkerung zugestand. Mittlerweile konnte ein beachtenswerter Anteil der russisch-sprachigen Bevölkerung (130.000 Personen) die estnische Staatsbürgerschaft erhalten, allerdings erst nach Absolvierung eines Sprach- und Staatsbürgerkudetests. Die Sprachtests sorgten immer wieder für Konfliktstoff sowohl zwischen Esten und Russen aber auch zwischen der Regierung in Tallinn und der OSZE. Für viele Menschen bedeutet der Sprachtest noch immer eine Barriere. Zwar verstehen die meisten Esten Russisch; ohne Russisch konnte man vor der Unabhängigkeit praktisch nicht in der ESSR überleben, umgekehrt aber lernten die Einwanderer nicht Estnisch. Für die junge Generation ist die Sprache ein eher kleines Problem, viele ältere Menschen aber können kein Estnisch und können deshalb auch nicht die estnische Staatsbürgerschaft erlangen.

Das Sprachproblem ist noch nicht überwunden, es gehört weiterhin zu den sensibelsten Bereichen der estnischen Minderheitenpolitik. Selbst in Tallinner Stadtteilen, in denen mehrheitlich keine Esten wohnen, wie Mustamäe oder Lasnamäe, wird man vergeblich Schilder in russischer Sprache suchen. Alle Aushänge, wie z. B. Werbung in Geschäften, Hinweistafeln etc. müssen in estnisch verfasst werden. Diese Regelung verstößt allerdings gegen Art. 11 der „Rahmenkonvention zum Schutz Nationaler Minderheiten“. Ebenfalls restriktiv fällt § 23 des estnischen Sprachgesetzes aus. Demnach kann nur in Gemeinden, in denen mindestens 50 % der Bevölkerung nicht-estnischen Ursprungs sind, eine zweite Sprache als Amtssprache neben dem Estnischen benutzt werden. Diese Regelung ist ein Politikum: In der Hauptstadt Tallinn ist 48% der Bevölkerung russisch-sprachig. Die estnische Gesetzgebung, beruhend auf Art. 6 der Verfassung, der Estnisch als Staatssprache festschreibt, hat bisher jeden Versuch in Richtung Zweisprachigkeit unterbunden.

Während der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union wurde immer wieder die Situation der russisch-sprachigen Minderheit thematisiert. Die OSZE entschloss sich sogar, eine kleine Delegation nach Tallinn zu entsenden, die ihre Arbeit im Jahr 2001 erfolgreich beendete. Zu keinem Zeitpunkt wurden die Spannungen zwischen Esten und russisch-sprachiger Bevölkerung so groß, dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Es bedurfte aber jahrelanger Arbeit, Überzeugung und auch internationalen Drucks, um offiziell eine Minderheitenpolitik einzuführen, deren Ziel die Integration der nicht-estnischen Bevölkerung ist. Frühere Programme förderten bisweilen die Auswanderung in die Russische Föderation. Trotzdem bleibt es auffällig, dass sich die Mehrheit der von der estnischen Regierung geförderten Integrations- und Sprachförderungsprogramme an jüngere Generationen wendet. So richtig dieser Ansatz im ersten Moment erscheinen mag, wird doch schnell deutlich, dass hier auch auf eine „natürliche“ Lösung der Minderheitenproblematik gewartet wird.



Trotz Integrationsfortschritten kündigen sich neue Probleme an. Die Zahl der HIV/AIDS Infizierten steigt in Estland rasend schnell und betroffen hiervon ist vor allem die russisch-sprachige Bevölkerung. Es fällt auch auf, dass der Anteil russisch-sprachiger Arbeitsloser erheblich höher ist als der in der ethnisch estnischen Bevölkerung. Große Teile der russisch-sprachigen Bevölkerung befinden sich in einem identitätsmäßigen Schwebestand zwischen Estland und Russland. Einerseits lastet auf den Menschen ein Gefühl des nicht Dazugehörens, während andererseits viele noch nicht im neuen Estland angekommen sind. So gelten sie in Russland schon nicht mehr als ‚wirkliche‘ Russen und in Estland noch nicht als ‚volle‘ Esten. Für Moskau haben die baltischen Russen wenig Bedeutung, es sei denn als politisches Druckmittel gegenüber Estland und Lettland.

Estland hat sich in den letzten 15 Jahren stark verändert. Die wirtschaftliche Transformation vom Kommunismus zum Kapitalismus ist erfolgreicher verlaufen als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern. Die Modernisierung des Landes und der Anschluss an den westlichen Lebensstandard sind nicht zu übersehen. Somit sind beste Voraussetzungen vorhanden,

um Konfliktlinien zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu entschärfen, wenn Minderheiten-Integration als zweiseitiger Prozess verstanden und praktiziert wird. Gegenseitiger Respekt und Anerkennung sind die Basis für eine erfolgreiche Integration und Konsolidierung der multiethnischen estnischen Gesellschaft. Zwar kam es zwischen beiden Gruppen nie zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, trotzdem wird der jeweils anderen Gruppe nur passive Akzeptanz zuteil, d.h. man duldet den Nachbarn, schätzt ihn aber wenig.

Von Malte Brosig, Bozen



10.05.2007

Estnisch-russischer Geschichtsstreit

Kein Tag des Sieges

Von Siegfried Thielbeer, Tallinn

09. Mai 2007 – Die Polizei mit ihren gelb-grünen Leuchtjacken ist unübersehbar. Es herrscht Versammlungsverbot, doch die Polizisten lassen die Menschen – darunter viele Alte im Sonntagsstaat – gewähren, die in kleinen Gruppen kommen und Blumen, meist rote Nelken am Metallzaun anbringen. Im Laufe des Tages wird er nach und nach zu einem dichten Teppich roter Nelken. Auch der Platz dahinter ist ein Blumenmeer, ein Schild in russischer Sprache verkündet „Hier finden Begrünungsarbeiten statt“.

Bis vor zwei Wochen stand in dem kleinen Park vor der Karlskirche und der Staatsbibliothek im Zentrum der estnischen Hauptstadt Tallinn der „Bronzesoldat“, ein 1947 errichtetes sowjetisches Denkmal für Gefallene des Zweiten Weltkriegs. Seine Demontage hat Ende April zu Krawallen und Plünderungen einiger hundert russischsprachiger Jugendlicher geführt, bei denen es zahlreiche Verletzte und einen Toten gab. Seither herrschte in Tallinn gespannte Ruhe, Gerüchte kursierten, am 9. Mai werde es zu einem „Aufstand“ der Russen kommen.

Demonstration gegen estnische Unabhängigkeit

Der „Bronzesoldat“ steht jetzt im zu Stille und Besinnung einladenden Soldatenfriedhof des estnischen Verteidigungsministeriums. An seinem vom Verkehr umtosten alten Platz an einer Bushaltestelle in der Innenstadt, zu Füßen des Burgbergs hatten einige Angehörige der russischen Minderheit in Estland in den vergangenen Jahren mit zunehmender Aggressivität am 9. Mai den Sieg der Sowjetarmee gefeiert – was auch eine Demonstration gegen die estnische Unabhängigkeit war.

Hierher waren nicht mehr nur alte Veteranen gekommen, sondern immer mehr auch jene, die dem Sowjetregime nachtrauerten und sogar Stalin-Bilder schwenkten. Für viele Esten, die das Kriegerdenkmal ohnehin als Symbol der sowjetischen Okkupation ansehen, war schließlich das Maß voll. Das Mahnmahl musste aus der Innenstadt weg.

9. Mai der Tag der sowjetischen Siegesfeiern

Am 8. Mai legte Ministerpräsident Ansip am neuen Standort des „Bronzesoldaten“ einen Kranz nieder. Erstmals seit der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit im August 1991 ehrte damit das offizielle Tallinn das sowjetische Denkmal. Diese Geste mag zur Beruhigung der vielen Russen beigetragen haben, die dann – wie auch der russische Botschafter – am Mitt-

woch auf den Friedhof pilgerten und dort Blumen niederlegten. Die Ansprache des Botschafters schien gemäßigt: Er dankte den Menschen, die zum Denkmal kamen. Zu der Zeremonie am 8. Mai aber, zu der das diplomatische Korps geladen war, hatte er nicht kommen wollen.

Der 8. Mai ist in Westeuropa der Tag des Kriegsendes. Die nachgeholte Kapitulation im sowjetischen Hauptquartier am 9. Mai aber ist der Tag der sowjetischen Siegesfeiern. Mit dem sowjetischen Sieg aber hat Estland ein Problem: Für die Esten war es kein Tag der Befreiung. Mit dem Einmarsch der Roten Armee im Spätsommer 1944 begann die „zweite sowjetische Okkupation“. Erstmals war das Land 1940 nach dem Hitler-Stalin-Pakt besetzt worden, von 1941 bis 1944 war es von den Deutschen besetzt.



Stein des Anstoßes: Der „Bronzesoldat“ an seinem neuen Standort

Mehr als 100.000 Menschen waren zwangsrekrutiert

Die zweifache Besetzung hatte zur Folge, dass die Esten, deren Land zum Schlachtfeld wurde, sowohl von den Sowjets als auch von den Deutschen zum Kriegsdienst an ihrer Seite gezwungen worden waren. Mehr als 100.000 Menschen, etwa zehn Prozent der Bevölkerung, waren zwangsrekrutiert worden. 1940 war fast das gesamte estnische Offizierskorps von der Sowjetmacht ermordet worden. Mehrere zehntausend Esten wurden schon 1940 als Zwangsarbeiter nach Sibirien verschleppt.

Insgesamt verloren etwa 75.000 Menschen ihr Leben als Opfer von Okkupation und Weltkrieg. Und das Leiden hörte 1945 nicht auf. Bis 1949 gingen neue Terrorwellen über das Land hinweg. Was sollen die Esten also am 9. Mai feiern? Am 8. Mai dieses Jahres also legte die estnische Regierung feierlich Kränze nieder, nicht um einen „Sieg“ zu feiern, sondern im Gedenken an die Opfer und Gefallenen des Kriegs, Esten ebenso wie Russen oder Deutsche. Sie war nicht nur am „Bronzesoldaten“, sondern auch am Holocaust-Mahnmal und an estnischen Kriegsgräbern.

Täglich steigende Propagandawelle aus Moskau

Aus Sicht der estnischen Politiker ist klar, dass es der russischen Regierung nicht um Gedenken, sondern um Provokation geht. Die Verlegung des Kriegerdenkmals sei nur ein Vorwand, um die Muskeln spielen zu lassen und kleine Nachbarstaaten einzuschüchtern. Wie könne es sein, fragen sie, dass Vertreter eines angeblich demokratischen Russland die Tatsache der

Okkupation bestreiten und den estnischen Mangel an Jubel über diese Okkupation als „Faschismus“ interpretierten? In Russland mache sich immer ungehemmter ein Großmachtchauvinismus breit.

Eine Einflussnahme auf Russland von außen sei in dieser Frage unmöglich, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der neuen konservativen Parteienunion von Isamaa und Res Publica, Andres Herkel. Gäbe es den Konflikt um das Denkmal nicht, würde Moskau eben an anderer Stelle einen Streit vom Zaun brechen. Darin stimmt ihm auch die besonnene Parlamentspräsidentin zu, die Astrophysikerin Ene Ergma. Seit mehr als sechs Monaten sei eine sich täglich steigernde Propagandawelle aus Moskau festzustellen gewesen. Alle Versuche, mit den Russen zu reden, seien an diesen abgeprallt: Sie wollten einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass sie Estland damals besetzt hätten, und forderten von den Esten, ihre Geschichte neu zu schreiben.

Estnischen Politiker von Gewaltausbruch überrascht

Frau Ergma berichtet in leiser Stimme, dass sie nach den Krawallen mit dem Vorsitzenden der russischen Duma ein ganz vernünftiges Gespräch gehabt habe. Sie hätten einen Dialog und den Besuch einer Duma-Delegation vereinbart. Aber dann habe deren Delegationschef Leonid Sluzkij noch vor der Abreise in Moskau den Rücktritt der estnischen Regierung gefordert: „So etwas geht doch nicht.“

Ganz offensichtlich waren die estnischen Politiker von dem Gewaltausbruch Ende April überrascht worden. Doch andererseits schöpfen die Esten Hoffnung daraus, dass nur eine kleine Minderheit in der Minderheit protestierte, dass statt der von der russischen Botschaft erwarteten 20.000 nur etwa 1.000 Demonstranten kamen, wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments, Sven Mikser hervorhebt. Die Russen seien sehr enttäuscht gewesen, sagt auch Marko Mihkelson, der Vorsitzende des EU-Ausschusses, der zugleich über die Grobschlächtigkeit des Vorgehens der russischen Regierung nicht unfroh zu sein scheint.

Stärkere Demonstration gegenüber Moskau erwartet

Die massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Estlands, die Propaganda in den russischen Medien, die Hacker-Angriffe auf estnische Websites, vor allem aber die Belagerung der estnischen Botschaft in Moskau und die Handgreiflichkeiten gegenüber der estnischen Botschafterin hätten die Solidarität der internationalen Gemeinschaft mit Estland geradezu erzwungen.

Die estnischen Politiker erwähnen dankbar die Hilfe der EU-Partner, vor allem von Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier. Aber wenn nicht alles täuscht, hatten sie mehr erwartet, eine stärkere Demonstration gegenüber Moskau. Sie bemängeln dies jetzt mit der Versicherung, dass der Westen, die EU und die Nato angesichts der russischen Versuche, die Grenzen zu testen, nichts Besseres tun könne, als Moskau geschlossen entgegen zu treten und Solidarität zu zeigen.

Text: F.A.Z., 10.05.2007, Nr. 108 / Seite 6, Bildmaterial: reuters

Parallelgesellschaft in Estland

„Jeder Russe ist anders“

Der eine verkauft alte Waffen an Touristen, der andere macht in „Reklaam“. Viele Russen leben seit Jahrzehnten in Estland, sprechen aber nur ihre Muttersprache – und kommen damit gut zurecht.

Aus Tallinn und Narva berichtet Henryk M. Broder

Wladimir kann einen Dackel nicht von einem Schäferhund unterscheiden, aber bei Waffen, Uniformen, Fahnen, Orden, Abzeichen und Medaillen, da kennt er sich aus. Er trägt eine Jeansjacke über einem bunten Sporthemd, dazu Hosen aus grober Baumwolle und sieht wie ein Mann aus, der jeden Tag joggt und in einem Sportverein die B-Jugend in Handball trainiert. Er ist erst 53, nur die Glatze lässt ihn älter erscheinen.

1954 in Leningrad geboren, hat er nach der Schule die Marineakademie besucht und ist auf einem Schiff der sowjetischen Handelsflotte zur See gefahren, bis er 1979 bei einem Landgang in Tallinn Paula kennen lernte und blieb. Statt auf einem Frachter das Ruder zu bedienen, überwachte er fortan die Stromproduktion in einem Kraftwerk der estnischen Hauptstadt. 1991, die Sowjetunion war gerade implodiert und Estland unabhängig geworden, machte auch Wladimir sich selbständig, das heißt sein Hobby zum Beruf. Hatte er bis dahin Militaria nur aus Spaß gesammelt, um sie gelegentlich mit Freunden zu tauschen, nun bot er sie in Fachzeitschriften und einschlägigen Magazinen zum Verkauf an.

Denn anders als in Deutschland, Frankreich oder Italien war in Estland die Geschichte noch nicht entsorgt worden. Zum einen gab es kein Gesetz, das die Verbreitung von und den Handel mit NS-Reliquien verbot, zum anderen hatte sich in den fast 50 Jahren sowjetischer Präsenz in Estland viel „Material“ angesammelt, das geradezu danach schrie, vermarktet zu werden: vom Stahlhelm bis zur Panzerfaust, von der Leninbüste bis zum Stalin-Wecker. Wladimir lagerte die Waren in einer angemieteten Garage in der Nähe seiner Drei-Zimmer-Wohnung und klapperte Floh- und Trödelmärkte in Estland, Lettland und Litauen ab – überall, wo das große Aufräumen begonnen hatte.

Im Laufe der Jahre kam so viel zusammen, dass er 2001 einen richtigen Laden aufmachen konnte, im historischen Zentrum von Tallinn, gegenüber einer bekannten Schokoladenmanufaktur.

Keine Geschichte – aber Geld

Da steht er nun jeden Tag von zehn Uhr morgens bis in den Nachmittag mit seinem Schwiegersohn Alan, 28, mitten in einem gut sortierten Kabinett des Schreckens, das alles enthält, womit Hitler und Stalin die Welt beglücken wollten. Die größten und teuersten Stücke im Angebot sind Maschinengewehre und Pistolen aus reichsdeutscher und sowjetischer Produktion zu Preisen zwischen sechs und 45 Tausend Kronen, das sind 400 bis 3.000 Euro. Die Waffen wurden „deaktiviert“, man kann sie nur noch als Requisiten für die Kellerbar benutzen, trotzdem ist die Nachfrage groß. Die Kunden kommen aus aller Welt, am liebsten sind Wladimir die Amerikaner, denn „sie haben keine Geschichte, aber sie haben Geld“, und sie sind verrückt nach allem, das im Zweiten Weltkrieg benutzt wurde. Gar nicht willkommen sind alte Stalinisten und junge Nazis. Für „Propaganda“, sagt Wladimir, würde er seine Waren nicht hergeben. „Hitler war ein Monster, Stalin war ein Monster, ich hasse beide.“

Erstaunlicher noch als das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit ist die Tatsache, dass Wladimir kaum Estnisch spricht, obwohl er seit fast 30 Jahren in Estland lebt. Er hat es nie gelernt, denn: „Ich komme mit Russisch überall gut durch.“ Seinen russischen Pass hat er auch nach der Ausrufung der estnischen Unabhängigkeit behalten. Eigentlich hat sich sein Leben kaum geändert, nur dass er jetzt mehr arbeitet und besser verdient.

Wladimir gehört zu den Bewohnern Estlands, die Mati Sirkel, der Übersetzer, gerne „unsere Russen“ oder auch „Moskaus fünfte Kolonne in Estland“ nennt. Allein, dass viele von ihnen nicht Estnisch sprechen, macht sie schon verdächtig. Und keiner weiß, wie viele es sind, amtlich wird ihre Zahl mit rund 300.000 angegeben. Es könnten aber auch mehr sein. „Ich schätze, es sind um die 700.000, etwa 50 Prozent der Bevölkerung“, sagt Olga.

Staatliche Prüfung

Die Lehrerin für Deutsch an einer Grundschule in Narva, im äußersten Nordosten Estlands, wurde 1972 in einer Kleinstadt bei Moskau geboren. Also ist sie Russin. Ihr Vater war Lehrer für Sport, die Mutter unterrichtete Mathematik. 1973 zogen sie nach Narva, man könnte auch sagen: Sie wurden versetzt. Vor zwei Jahren legte Olga vor einer staatlichen estnischen Kommission eine Prüfung ab, die jedem „Russen“ abverlangt wird, der einen estnischen Pass haben möchte.

„Es war nicht sehr schwer.“ Olga musste einen Aufsatz schreiben, einen Text lesen und nach-erzählen und 20 Fragen zur estnischen Verfassung beantworten. Jetzt ist sie eine Estin. Und eine Russin.

Ihr Mann Andrej, ein in Estland geborener Russe, hat zweimal den Anlauf gemacht, Estnisch zu lernen und beide Male aufgegeben. „Jeder Russe ist anders, Andrej hat kein Talent für Sprachen“. Zu Hause wird Russisch gesprochen, die beiden Söhne gehen in einen russischen Kindergarten und eine russische Schule in Narva, sind aber Esten, weil sie nach 1991 geboren wurden. Russische Esten.

Vater Andrej dagegen ist staatenlos, er hat einen so genannten „grauen Pass“, mit dem er ins Ausland reisen darf. Zur Zeit arbeitet er als Schweißer für eine estnische Firma in Schweden; alle drei Wochen kommt er für ein langes Wochenende zu seiner Familie.

Dienst nach Vorschrift

Von den rund 80.000 Menschen, die in Narva leben, sind, sagt Olga, „mehr als 90 Prozent Russen“. Deswegen wird überall in der Stadt Russisch gesprochen, deswegen ist die erste Fremdsprache, die die Kinder in der Schule lernen – Estnisch, je nach Schule zwei bis fünf Stunden pro Woche, und das, sagt Olga, „ist einfach nicht genug“.

Man muss eben der Landessprache nicht mächtig sein, um als Russe im estnischen Narva zu-recht zu kommen. Viktor, 1975 in der Ukraine geboren, kam 1977 mit seinen russisch-ukrainischen Eltern nach Estland. Er besuchte die russische Schule, studierte Betriebswirt-schaft und machte sich noch vor dem Examen selbständig. Heute, mit 32, beschäftigt er in seiner „Reklaam & Disain“-Agentur zwölf Mitarbeiter, die für Kaufhäuser Anzeigen konzi-pieren, Werbetafeln und Neon-Logos herstellen. Viktor findet es „ganz normal“, dass er kaum Estnisch spricht, denn alle, mit denen er zu tun hat, sprechen wie er Russisch. Sein Büro liegt im ersten Stock des mit zwölf Stockwerken höchsten Gebäudes am Petersplatz in Narva, der nach dem Zaren Peter I. benannt wurde. Das Haus ist so hässlich, dass man den Anblick nur erträgt, wenn man sich in seinem Inneren befindet. Von den oberen Stockwerken hat man eine gute Sicht auf die „Brücke der Freundschaft“, die das estnische Narva am linken Ufer des gleichna-migen Flusses mit dem russischen Iwangorod auf dem rechten Ufer verbindet. Man braucht einen russischen Pass oder ein Visum, um die Grenze zu passieren, trotzdem geht der kleine Grenzverkehr nur schleppend voran, denn die russischen Beamten machen Dienst nach Vorschrift. Auch sonst dominiert auf beiden Ufern der Narva die postsozialistische Tristesse.

Was für Viktor gut ist, denn der Markt für „Reklaam“ und „Disain“ ist noch lange nicht gesättigt. Viktor will seine Firma ausbauen und „neue Ideen“ realisieren. Dazu gehört ein Haus, das er in Joesu, zwölf Kilometer nördlich von Narva, direkt am Meer bauen möchte. Jede der 18 Wohnungen soll 2.000 Euro pro Quadratmeter kosten, was, sagt Viktor, „viel aber angemessen“ ist, denn: „Wir werden nur die besten Materialien verwenden“. Auf seinem Schreibtisch liegen Kataloge für Badezimmerreinrichtungen von Villeroy & Boch.

Stolz zeigt der junge Bauherr das Modell des Hauses vor. Für eine Wohnung hat er schon einen Käufer gefunden. Es ist Viktor, der Chef von „Reklaam & Disain“.

DER STANDARD 17.08.2007

Absage für geplanten russischsprachigen TV-Kanal in Estland Ministerpräsident Ansip erteilt Plänen Abfuhr

Der estnische Ministerpräsident Andrus Ansip hat sich zur geplanten Einrichtung eines TV-Kanals auf Russisch ablehnend geäußert. Ansip sagte am Donnerstag in einem Fernsehinterview, er glaube nicht, dass ein solcher Kanal mit den aus Russland gesendeten Programmen konkurrieren könnte. Er sei daher wirtschaftlich nicht sinnvoll. An einen eigenen russischsprachigen Fernsehkanal könne in Estland höchstens im Zusammenhang mit der für 2012 geplanten Digitalisierung des Fernsehens gedacht werden, so der Regierungschef.

Nach den Unruhen Ende April in Tallinn und im Osten des Landes waren in Estland Stimmen laut geworden, die mehr Augenmerk auf eine gezielte, auf die russische Volksgruppe gerichtete Informationspolitik forderten. Im Zusammenhang damit war unter anderem die Einrichtung eines eigenen russischsprachigen Kanals des estnischen Staatsfernsehens ETV in Aussicht gestellt worden, um in Bezug auf die Minderheit nicht Moskauer Medien ganz das Feld zu überlassen.

Bisher gab es nur vereinzelte Initiativen, die Vormachtstellung der aus Moskau kommenden Informationen unter der rund ein Viertel der estnischen Bevölkerung ausmachenden russischsprachigen Minderheit zu brechen. Die Zeitung „Postimees“ bringt seit einiger Zeit eine leicht gekürzte Version ihrer täglichen Ausgabe auf Russisch heraus, die sich offenbar großer Beliebtheit erfreut.

Bei den Unruhen nach der Verlegung des umstrittenen sowjetischen Kriegerdenkmals (des so genannten „Bronze-Soldaten“) Ende April kam ein 19-Jähriger ums Leben. Über hundert Menschen wurden verletzt, die Polizei nahm Hunderte großteils russischsprachige Jugendliche fest, von denen sich eine unbekannte Anzahl immer noch in Haft befindet. Seither sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Tallinn und Moskau praktisch auf dem Gefrierpunkt und von gegenseitigen Anschuldigungen und Schikanen verschiedener Art gekennzeichnet. (APA)

UNO-Gesandter kritisiert Estlands Konzept der nationalen Identität

Doudou Diene: Baltisches Land sollte sich zu mehrsprachiger Gesellschaft entwickeln

Tallinn – Der UNO-Sonderberichterstatter für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, Doudou Diene, hat Estland aufgefordert, sich zu einer mehrsprachigen Gesellschaft mit mehreren offiziellen Sprachen zu entwickeln. Der UNO-Gesandte empfahl Estland zudem, das Konzept der nationalen Identität zu überprüfen. Estland befände sich hinsichtlich der Sprachen- und Identitätsfrage in der Defensive, aus der es zu einer multikulturellen Gesellschaft aufbrechen sollte.

Es sei normal, dass alle Bewohner Estlands Estnisch sprechen könnten, sagte Diene am Freitag vor Journalisten bei einem Besuch in der estnischen Hauptstadt Tallinn. Allerdings entspreche der Status, den das Russische innehatte, nicht dem Anteil der russischsprachigen Bevölkerung im Lande (rund ein Viertel der Esten haben Russisch als Muttersprache, Anm.). Seiner Meinung nach sollte Russisch daher offizielle Sprache werden.

Ende April war es in Tallinn und in anderen Orten Estlands zu schweren Unruhen unter vorwiegend russischsprachigen Jugendlichen gekommen. Dabei kam ein 19-Jähriger unter bisher ungeklärten Umständen durch einen Messerstich ums Leben, über Hundert Menschen wurden verletzt. Die Unruhen standen Zusammenhang mit der Auseinandersetzung rund um die Entfernung eines sowjetischen Kriegerdenkmals aus der Tallinner Innenstadt. (APA)

Russland-Aktuell

07.11.2007

Estlands evangelische Kirche predigt wieder auf russisch

Tallinn. In der estnischen Hauptstadt Tallinn hat die lutherische Kirche erstmals seit vielen Jahren einen Gottesdienst in russischer Sprache gefeiert. Die russischen Gottesdienste sollen ab Dezember wieder regelmäßig stattfinden.

Das neue Angebot solle die große russische Minderheit in Estland besser integrieren, sagte der örtliche Pastor Oleg Sewastjanow.

Im April war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen russischen Jugendlichen und der Polizei gekommen, als in Tallinn ein sowjetisches Kriegerdenkmal aus dem Zentrum auf einen Soldatenfriedhof verlegt wurde. Dabei wurde ein Jugendlicher getötet. Angesichts dieser Ereignisse seien die russischsprachigen Gottesdienste besonders aktuell, so Sewastjanow.

Der Konflikt zwischen den Volksgruppen in Estland zeige „den Mangel an Moral in der Gesellschaft“.

(ab/epd/Moskau)

22.11.2007

Estland: Parlament gegen automatische Einbürgerung staatenloser Kinder

TALLINN, 22. November (RIA Novosti). Das estnische Parlament hat am Donnerstag einen Gesetzentwurf abgelehnt, demzufolge in Estland geborene Kinder von Staatenlosen, die mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis im Land leben, automatisch die estnische Staatsbürgerschaft erhalten sollen.

Laut dem Pressedienst des Parlaments wurde das Dokument von der oppositionellen Zentristischen Partei eingebracht. 47 Abgeordnete stimmten dagegen, 25 waren dafür.

Dem gültigen Gesetz zufolge können staatenlose Kinder erst ab dem 16. Lebensjahr selbst die estnische Staatsbürgerschaft beantragen, davor müssen das ihre Eltern tun.

Laut den Verfassern des Gesetzentwurfs verletzt das jedoch die Rechte der Kinder, denen die Möglichkeit genommen würde, selbst über ihre Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Die Partei äußerte die Ansicht, dass Estland die Verpflichtungen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes erfüllen müsse, die es im Jahr 1996 ratifiziert habe. Zudem würde ihr zufolge der automatische Erhalt der Staatsbürgerschaft für Kinder auch ihren Eltern helfen, sich in der heimischen Gesellschaft zu integrieren.

Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarates, Thomas Hammarberg, hatte Anfang Oktober bei einem Estland-Besuch unter Hinweis auf die UN-Konvention diesen Vorschlag unterbreitet.

In Estland leben mehr als 118.000 Staatenlose, was etwa acht Prozent der gesamten Einwohnerzahl (1,4 Millionen Menschen) ausmacht.

24.11.2007

»Da werden SS-Leute auf einmal zu Freiheitskämpfern«

Nach Entsorgung des antifaschistischen Mahnmals plant Estland die Ehrung so genannter Unabhängigkeitsbewegung. Ein Gespräch mit Igor Iwanow.

Ruth Firmenich

In Estland soll ein »Denkmal für die nationale Unabhängigkeitsbewegung« errichtet werden. Drohen damit nach der Entsorgung des »Bronzesoldaten«, eines Denkmals zur Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus, im April aus dem Zentrum der Hauptstadt Tallinn in einen Vorort, neue Auseinandersetzungen?

Sobald in Estland von der Unabhängigkeitsbewegung die Rede ist, führt das zu heftigen Debatten, da SS-Leute zu so genannten Freiheitskämpfern werden und ihre Greuelthaten ignoriert werden. In Estland werden aus Todeslegionen Kämpfer für die Unabhängigkeit oder gegen den Bolschewismus.

Das Mahnmal mit dem Bronzesoldaten wurde nach und nach entsorgt. Zuerst wurde das ewige Feuer am Denkmal »aus wirtschaftlichen Gründen« gelöscht. Dann wurde der Sowjetstern

entfernt und anschließend die Bronzeplatten mit Namensgravuren. Schließlich wurde das Monument umgewidmet und galt fortan »den Opfern des Zweiten Weltkriegs«. Als es trotzdem weiterhin Anziehungspunkt für Menschen war, die dort am 9. Mai das Kriegsende feierten, wurde beschlossen, es an einen abgelegenen Ort zu verlagern.

Das jetzt geplante Denkmal für die so genannte Unabhängigkeitsbewegung besteht aus einer Säule mit einem Ordenskreuz, auf dem eine Landkarte zu sehen ist. Diese Karte umfaßt einen Landstrich, der beim Friedensschluß von Tartu Estland zugesprochen wurde, heute jedoch zu Rußland gehört. Daß dies nach der Verlegung des Bronzesoldaten zu neuen Auseinandersetzungen führen kann, ist klar. Außerdem erzeugt das Aussehen des Kreuzes bei vielen Assoziationen an die Panzer der deutschen Faschisten im Zweiten Weltkrieg, die ein ähnliches Emblem trugen.

Bei den Protesten gegen den Abbau des Bronzesoldaten im Frühling kam ein junger Mann ums Leben, Dutzende wurden verhaftet. Wie hat sich die Situation seitdem entwickelt?

Von den drei als angebliche Rädelsführer der April-Ereignisse Verhafteten wurden die letzten beiden erst am Freitag vergangener Woche vorläufig aus der Haft entlassen. Im Januar soll ihre Gerichtsverhandlung stattfinden. Auch weitere Mitglieder der Organisationen Night Watch und der demokratischen und antifaschistischen russischen Jugendbewegung Nashi wurden verfolgt. Meine Organisation, SIIN, ist vom Bildungsministerium inzwischen als antiestnisch gebrandmarkt worden. Das hat dazu geführt, daß uns die Fördermittel gestrichen wurden. Wie viele andere auch habe ich nach den April-Ereignissen unter einem Vorwand meinen Job verloren. Viele von uns stecken in großen finanziellen Nöten.

In Estland ist es wiederholt zu Ehrungen und Treffen ehemaliger SS-Angehöriger gekommen. Der Justizminister feierte seinen Geburtstag unter einer Hakenkreuzfahne, ohne daß das ein Nachspiel gehabt hätte. Gibt es eine antifaschistische Bewegung in Estland, und wenn ja, wie ist ihre Situation?

Es gibt eine antifaschistische Bewegung, aber sie wird massiv behindert. Als Antifaschisten aus Lettland im April zu uns kommen wollten, wurden sie an der Einreise gehindert. Wer nicht Este ist und unliebsame Positionen vertritt, wird als Radikaler und Extremist verschrien, auch wenn das nicht im geringsten der Wahrheit entspricht.

In Estland leben etwa 240.000 Russinnen und Russen. Mit welchen Problemen hat die russische Minderheit zu kämpfen?

In Estland leben 1.320.000 Menschen, davon sprechen etwa 33,5 Prozent die russische Sprache. Sie kommen aus Rußland, der Ukraine, Weißrußland, Armenien, Aserbajdschan, Georgien etc. Seit 1994 wird die estnische Staatsbürgerschaft nicht mehr automatisch, sondern nur noch denen und ihren direkten Nachkommen verliehen, die vor 1940 in Estland lebten. Alle anderen wurden zu Nichtstaatsbürgern erklärt und erhielten Ausweise als Staatenlose. Um Este zu werden, muß man seitdem ein Antragsverfahren durchlaufen – mit Nachweisen estnischer Sprach- und Geschichtskennntnisse. Heute gibt es etwa 120.000 Menschen in Estland, die keine Staatsbürgerschaft besitzen, ich gehöre auch dazu. Wir können zum Beispiel nur an kommunalen Wahlen teilnehmen, nicht jedoch an nationalen Wahlen. Wir betrachten das als Diskriminierung und sind der Ansicht, daß alle Menschen, die zum Zeitpunkt der estnischen Unabhängigkeit in Estland lebten, die Staatsbürgerschaft erhalten müssen. Wie sollen wir sonst am gesellschaftlichen Leben teilnehmen?

Interview

 Estone, la lingua del futuro?

Russische Gymnasiasten: Pauken auf Estnisch

In den russischsprachigen Gymnasien Estlands wurde im September 2007 das Pflichtfach ‚Estnisch‘ eingeführt. Ein Interview mit Irene Käosaar, Verantwortliche für sprachliche Minderheiten in Estland.

Giovanni Angioni, Tallinn



Irene Käosaar (Foto: Estnisches Bildungsministerium)

„Den Begriff Reform lehne ich in diesem Zusammenhang ab. Das ist ein viel zu gewichtiges Wort. Wir sollten eher von Wandel sprechen, denn wir diskutieren nicht bloß irgendein neues Schulfach (estnische Literatur A.d.R.), das eine Stunde pro Woche unterrichtet wird.“ Mit diesen Worten beginnt Irene Käosaar, Leiterin der Abteilung Bildungsfragen estnischer Minderheiten im Bildungsministerium, unser Gespräch. Seit diesem Schuljahr gilt die von Premier Andrus Ansip auf den Weg gebrachte Schulreform, infolge derer tausende Schüler russischsprachiger Gymnasien ein großer Umbruch erwartet: das neue Fach „Estnische Literatur“ steht auf dem Lehrplan der Zehntklässler. Andere Fächer sollen im Zuge der Reform folgen. „Wenn ich eines Tages beschließen würde, nach Italien oder nach Deutschland umzuziehen, müsste ich auch die Landessprachen lernen. Wie sollte ich sonst einen Job finden? Bei uns kommt es leider vor, dass estnischsprachige und russischsprachige junge Leute sich untereinander auf Englisch unterhalten. Es wäre schön, wenn sich alle in der Nationalsprache verständigen könnten, die zudem in der Verfassung als offizielle Landessprache verankert ist.“

Warum konnte sich die estnische Sprache bisher nicht im Alltag der russischsprachigen Minderheiten durchsetzen?

In Estland geht man nicht zielstrebig genug vor: Die Noten der Schüler sind zwar durchschnittlich gut, aber versuchen sie ein einfaches Gespräch zu führen! Ein Ding der Unmöglichkeit. Andererseits verstehe ich die Menschen. Denn auch ich hatte Schwierigkeiten mit dem Englischen. Es sind zwei Paar Schuhe, die Grammatik zu lernen oder die Sprache anzuwenden.

Kann eine Stunde ‚Estnisch‘ pro Woche denn eine Veränderung herbeiführen?

Eine Stunde ist sicherlich nicht ausreichend. Deswegen spreche ich auch von einem Wandel. Ab 2011 sollen 60 Prozent des Unterrichts in der Landessprache stattfinden. Man hätte damit schon ab 2000 beginnen sollen. Aber damals schien das Land noch nicht bereit zu sein. Heute

aber sind wir soweit. Wir wollen etwas, das über den einfachen Sprachunterricht hinausgeht. Wir möchten uns auf unsere Gemeinsamkeiten konzentrieren und nicht auf die Unterschiede.

Zum Beispiel?

Wir alle lieben unsere eigenen Kinder. Beginnen wir Events zu organisieren, die Eltern und Kinder zusammenbringen. Wenn Sprache genutzt wird, um etwas zu organisieren, verbreitet sie sich spielerisch.

Ein junger, russischstämmiger Este sagte mir einmal, seine Familie und seine Freunde seien Russen und deshalb sei es für ihn nicht notwendig, Estnisch zu lernen. Am Arbeitsplatz spreche er Englisch.

Genau diese Personen müssen wir von der Notwendigkeit überzeugen, Estnisch zu lernen. Nehmen wir zum Beispiel die Universitäten. Lehrveranstaltungen finden in der Nationalsprache statt. Wer die Sprache nicht beherrscht, verschließt sich Türen zu Ausbildung und Beruf. Leider denken bei uns zu viele Leute immer nur an die Vergangenheit, an 750 Jahre Fremdherrschaft, die aber vorüber sind.

Das ist unsere Geschichte! Und wir wollen sie auf keinen Fall leugnen. Aber heute sind wir ein unabhängiges Land mit einer offiziellen Sprache, die in der Verfassung verankert ist. Wir sind ein Land, in dem Menschen mit verschiedenen ethnischen Hintergründen leben. Wir müssen lernen, das als Bereicherung zu erleben, nicht als Problem.

Bei einem kürzlichen Griechenland-Besuch habe ich versucht Parallelen zu Estland zu finden. Auch dort wird häufig die Frage der mazedonischen Minderheit diskutiert, die Jahre der Diktatur oder die Situation mit der Türkei, wobei der Blick auf die Vergangenheit gerichtet ist. Stattdessen wäre es aber viel sinnvoller, nach vorn zu sehen, um die Zukunft besser zu gestalten.

Ihre Zukunftsprognose?

Ich werde oft als Idealistin bezeichnet. Aber ich denke, es sollte nicht allzu schwierig sein, in einem Land aus zwei-drei zusammengefügteten Teilen zu leben, die trotz ihrer Verschiedenheit miteinander vereint sind.

Wie reagieren Sie auf die Kritik von Amnesty International, die Ihnen Diskriminierung von Minderheiten vorgeworfen hat?

Wenn ich derartige Vorwürfe in den Zeitungen lese, habe ich Schwierigkeiten, die Gründe dafür zu verstehen. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, mit unserer Arbeit die positiven Seiten unseres Landes hervorzukehren. Inzwischen wird jedes Mal, wenn über Estland berichtet wird, ein negativer Ton angestimmt. Meiner Meinung nach sollte diesbezüglich auch die Europäische Union endlich an einem Strang ziehen.

Übersetzung: Annamaria Szantos

DER STANDARD

07.02.2008

Gericht verurteilt Studenten wegen Cyber-Attacke auf Estland

Zweifel an der offiziellen Darstellung – Experte: „Einzeltätertheorie ist sehr unwahrscheinlich“

Ein Gericht in Estland hat einen Studenten russischer Abstammung wegen einer im Mai 2007 erfolgten Cyber-Attacke zu einer Geldstrafe von 1.100 Euro verurteilt. Nach Ansicht der Justizbeamten war der 20-Jährige an den Angriffen auf die IT-Infrastruktur des baltischen Lan-

des beteiligt, die im Frühjahr 2007 dazu geführt hatten, dass ganz Estland zwischenzeitlich vom weltweiten Internet abgeschnitten war. Die Vermutung, dass die russische Regierung als Drahtzieher hinter den Anschlägen ihre Finger im Spiel gehabt hätte, konnte nicht bewiesen werden. Allerdings wurden Teile des für den Angriff genutzten Botnetzes zuvor schon bei ähnlichen Attacken auf Server der russischen Opposition wie den ehemaligen Schachweltmeister Garry Kasparow beobachtet.

Attacke

„Ich bezweifle sehr stark, dass eine einzelne Person tatsächlich für die Cyber-Attacke in Estland verantwortlich ist“, meint Toralv Dirro, Sicherheitsexperte bei McAfee Deutschland, im Gespräch mit pressetext. Aus technischer Perspektive sei dies zwar durchaus durchführbar, dennoch liege die Vermutung nahe, dass es mehrere Täter gewesen seien. „Dass eine Einzelperson die Kontrolle über mehrere große Botnetze hat, ist aber äußerst unwahrscheinlich“, erklärt Dirro. Auch was die Art und Weise der Cyber-Attacke in diesem Fall betrifft, blieben große Zweifel in Bezug auf dieses Gerichtsurteil. „Botnetze werden in der Regel vor allem dazu verwendet, um Geld zu gewinnen“, schildert der McAfee-Experte. Dass eine derartige Methode zum Einsatz komme, um einen ganzen Staat anzugreifen, sei bislang eine seltene Ausnahme.

Schutz

„In den USA sind bereits eine ganze Reihe solcher Cyber-Attacken-Fälle bekannt geworden“, so Dirro. Aber auch dort seien Botnetze ausschließlich zu kommerziellen Zwecken in Verwendung gewesen. „Zum Schutz einzelner Webseiten gibt es mittlerweile ganz gute technische Lösungen“, ergänzt der Sicherheitsexperte. Werde aber, wie im aktuellen Beispiel, ein ganzes Land attackiert, sei ein Komplettschutz faktisch nicht machbar. „In derartigen Fällen wäre es durchaus sinnvoll, bereits auf Ebene der großen Provider eine Kontrolle einzuführen“, meint Dirro.

Vorgeschichte

Nach der Verlegung eines russischen Kriegerdenkmals aus der Hauptstadt Tallinn wurden Server der estnischen Regierung und von Banken, Zeitungen und anderen Unternehmen Ziel von Cyber-Attacken. Die estische Regierung hatte behauptet, dass der Ursprung der Angriffe auf die Rechner des Kreml zurückzuführen sei und schaltete daraufhin die EU und die NATO ein. Eine Beteiligung Russlands an den Cyber-Angriffen konnte allerdings nie bewiesen werden.

(pte)

Estland: Kritik an Präsident nach Abkanzeln von Minderheiten-Sprache

Staatspräsident Ilves meinte kürzlich in einem BBC-Interview über das Lernen von Russisch: „Nicht wichtiger als Englisch, Urdu oder Japanisch“. Jetzt hagelt es dafür Kritik.

Tallinn. Der estnische Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves hat sich in einem jüngst gesendeten BBC-Interview in die Nesseln gesetzt. Ilves sagte dort, er brauche nicht die Sprache der größten Minderheit Estlands – Russisch – zu lernen, denn dies würde bedeuten, 50 Jahre sowjetische „Brutalisation“ zu akzeptieren. Vertreter der rund ein Viertel der Bevölkerung ausmachenden estnischen Russen sind entsetzt und auch estnische Politiker distanzieren sich in den vergangenen Tagen von Ilves' Aussage.

Seitens der Präsidentschaftskanzlei war man am Mittwoch bemüht, die Gemüter zu beruhigen. In einer Aussendung hieß es, der Präsident habe in dem Interview „in einem breiteren Kontext“ gesprochen in dem es um Okkupation als Grund für das Erlernen einer Sprache gegangen sei. Der Präsident sei von der Wichtigkeit des Erlernens von Fremdsprachen überzeugt. Auch Esten und Russen würden davon profitieren, die jeweils andere Sprache zu erlernen.

In einer im Internet kursierenden Abschrift des im November aufgezeichneten und vergangenen Samstag (23. Februar) gesendeten BBC-Interviews lautet Ilves' Antwort auf die Frage, warum er kein Russisch spreche, so: „Diese Leute leben hier und haben nicht Estnisch gelernt. Ich habe Estnisch gelernt, ohne überhaupt hier zu leben. (...) Es gibt nur eine Staatssprache und das ist Estnisch, und das spreche ich gut. Es gibt für niemanden hier einen größeren Grund, Russisch zu sprechen als Englisch, Urdu oder Japanisch.“

Russische Medien und Politiker erbost

Vor allem von russischsprachigen Medien wie der in Narva erscheinenden Tageszeitungen „Narvskaja Gazeta“, aber auch von Politikern wurde Ilves dafür heftig kritisiert. Der russischsprachige Parlamentsabgeordnete Vladimir Velman (Zentrumspartei) will dem Präsidenten „nie mehr die Hand schütteln“. Der konservative Este Marko Mihelson bezeichnete die Aussagen des Staatsoberhauptes als „bestenfalls nicht hilfreich“ und geeignet, die Spannungen zwischen den Volksgruppen zu erhöhen.

Stanislav Tserepanov von der außerparlamentarischen, ethnisch-basierten „Russischen Partei“ sagte, die Formulierung des Präsidenten sei „merkwürdig“, da Ilves noch zu seinem Amtsantritt betont habe, man dürfe Ethnizität nicht mit dem Leiden der Menschen unter einem brutalen Regime gleichsetzen. Auch viele Russen hätten unter dem Regime Stalins schwer gelitten.

25 Prozent mit Muttersprache Russisch

Rund 25 Prozent der 1,3 Millionen Esten haben Russisch als Muttersprache. Sie sind geografisch im Nordosten des Landes und in Tallinn konzentriert. Sie haben Studien zufolge im Schnitt mit schlechteren Berufschancen, hoher Arbeitslosigkeit und in stärkerem Ausmaß mit sozialen Problemen zu kämpfen als die estnische Landesmehrheit.

In den vergangenen Jahren haben sich die Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen erhöht. Einen bisherigen Höhepunkt erreichte der Konflikt rund um die Verlegung des „Bronze-Soldaten“ – einem sowjetischen Kriegsdenkmal – im vergangenen April in Tallinn, als bei dreitägigen Unruhen ein 19-Jähriger getötet und über 100 Menschen verletzt wurden. Die estnische Regierung und Moskau, das sich als Schutzmacht der russischen Esten sieht, machen sich gegenseitig für die Aufschaukelung des Konflikts verantwortlich.

(APA)

EINREISESTOPP FÜR „NASCHI“

Europa sperrt Putin-Jugend aus

In der Regel ächten EU-Länder Terrorverdächtige oder Sektenführer mit Einreiseverboten – jetzt macht die Union ihre Grenzen für Aktivisten der Putin-Jugend „Naschi“ dicht. Die kremltreue Bewegung schlachtet den Vorfall gnadenlos für ihre antiwestliche Propaganda aus und zieht sogar vor Gericht.

Von Benjamin Bidder, Moskau

Moskau – Europa muss nachsitzen. An der Moskwa wummern mannshohe Lautsprecher die Hymne der Putin-Jugend „Naschi – Die Unsrigen“ – bis ans gegenüberliegende Ufer, damit sie auch die Mitarbeiter der dort ansässigen Vertretung der Europäischen Kommission vernehmen. Auf der Bühne kündigt ein Banner einen „Russkij Urok“ an – eine russische Lehrstunde. Mädchen tragen bunte Luftballons und russische Fähnlein im Haar, sie wollen der EU eine betont fröhliche Nachhilfestunde erteilen. „Wir werden denen mal zeigen, wie man Gäste richtig zu bewirten hat“, jöhlt eine blonde Einpeitscherin. Bliny werden gereicht, russische Pfannkuchen. Zu den Klängen eines Akkordeons fassen sich alle an den Händen und tanzen einen riesigen Ringelreigen, als Akt friedlichen Protestes gegen das vermeintliche Unrechtsregime der EU.

„Die Unsrigen“, bekannt geworden durch ruppige antiwestliche Ausfälle und Pöbeleien gegen den britischen Botschafter, geben sich im Moment alle Mühe, möglichst harmlos zu erscheinen. Die Putin-Jugend gefällt sich neuerdings in der Rolle des Opfers. Jetzt wollen die Naschi gar vor den Straßburger Menschenrechtsgerichtshof ziehen und dort gegen die EU klagen. Ausgerechnet bei der Instanz, bei der bereits rund 20.000 Beschwerden gegen Russland vorliegen.

Die Naschi fühlen sich in ihren Menschenrechten verletzt, weil Europa ihre Aktivisten aussperrt. Auf Betreiben von Estland wird ihnen die Einreise in den Schengenraum verweigert. Tatsächlich geht es aber um mehr als den Ärger des baltischen Staates über ein paar halbwüchsige Rowdys. Es geht um die Beziehungen zwischen Russland und der EU – und die Frage, ob Europa allen Ernstes ein Dutzend Putin-vernarrter Teenager auf eine Stufe mit Terrorverdächtigen und Diktatoren stellen will.

Die kremltreuen Teenager stürmen und drohen

Im Frühjahr des vergangenen Jahres eskalierte in Estlands Hauptstadt Tallinn der Konflikt um die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals. Mitglieder der russischen Jugendbewegung organisierten Proteste in Estland. Tagelang belagerten sie auch die Moskauer Vertretung der Balten und drohten gar, das Gebäude abzureißen.

Die Kremltreuen stürmten eine Pressekonferenz der estnischen Botschafterin Marina Kaljurand, deren Leibwächter verteidigten sich mit Pfefferspray. Letztlich mobbten die Naschi die Diplomatin aus dem Land. Damit verletzten die Putin-Anhänger das „Wiener Übereinkommen“ über den Schutz diplomatischer Vertretungen. Eine beispiellose Kampagne: Vor Angriffen auf Diplomaten hatten selbst die Sowjets und deren Jugendverband Komsomol während der Hochzeit des Kalten Krieges stets zurück geschreckt.

Tallinn antwortete: Es machte seine Grenzen für Mitglieder der Jugendbewegung dicht. Mit dem Beitritt der Esten zum Schengener Abkommen Dezember gilt das Einreiseverbot nun für

alle Unterzeichnerstaaten, darunter der Großteil der EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien – allesamt bei Russen beliebte Urlaubsziele.

In der Regel straft die Union mit Einreiseverboten Terrorverdächtige, Sektenführer und Autokraten vom Schlage des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Er steht im Verdacht, für das spurlose Verschwinden Oppositioneller im Jahr 1999 verantwortlich zu sein. Politische Gegner seines Kurses landen im Gefängnis, Demonstranten hetzt er die berühmtesten Schläger der Milizeinheit SOBR auf den Hals.

Die 21-jährige Mariana spricht von Faschismus

Mit einem roten Stempel machten finnische Grenzer Mariana Skworzowas Visum ungültig. Kurz nach Neujahr wollte die 21-Jährige aus St. Petersburg einen Ausflug ins nahe Helsinki unternehmen – in den Weihnachtsferien, wie so viele ihrer Altersgenossen. Doch zwischen ihr und Weißrusslands Diktator Lukaschenko wird an Europas Grenzen kein Unterschied gemacht – der Despot und die Politikstudentin, beide sind „personae non gratae.“

Als Wladimir Putin Präsident wurde, war sie gerade 13 Jahre alt. Mariana, braune Augen, gelocktes dunkles Haar ist in einem Russland aufgewachsen, das der scheidende Staatschef geprägt hat. Sie verehrt ihn und wünscht sich wie ihr Idol ein starkes Russland. Deshalb ist sie bei Naschi. Sie hat es dort bis zur „Kommissarin“ gebracht, bekleidet einen niedrigen Funktionsposten. Man hat ihr dort eingebläut, dass der Westen böse ist, die USA eine Revolution in Russland vorantreiben und sich im kleinen Estland das Gespenst des Faschismus erhebt, um Europa zu unterwandern.

Mariana wähnt sich deshalb in dem gleichen alten Kampf, in dem schon ihre Großeltern während des Zweiten Weltkriegs mit Nazideutschland rangen. Sie kann zwar nicht genau sagen, was das ist: „Faschismus“. Doch Definition hin oder her – „Estland ist faschistisch“. Vielleicht ist sie ein bisschen naiv.

Die Propaganda-Maschine läuft

Die Einreiseverbote treffen keine straff organisierte Terror-Truppe, sondern leichtgläubige Jugendliche wie Mariana, anfällig für die patriotische Naschi-Ideologie. Zwischen Mitgliedsstaaten des Schengen-Abkommens gibt es heute keine Grenzkontrollen mehr. Estland, ein Staat mit weniger Einwohnern als Hamburg, kann so im Alleingang Europa von Lissabon bis Stockholm, von Berlin bis Sizilien zur Sperrzone erklären.

Tallinn setzt gegenüber Russland auf Konfrontation – und nimmt den Rest Europas gleichsam für diesen Kurs als Geisel. Im Maastrichter Vertrag beruft sich die Union auf Freiheit und Demokratie als ihre Grundfesten. Doch Mariana glaubt, dass der Vorfall nun das wahre Gesicht des intoleranten Brüsseler Regimes offenbart. Vom Gegenteil kann sie sich schon nicht mehr überzeugen.

Estlands Innenministerium betont zwar, dass insgesamt nur elf „Unsrige“ unter den Bannspruch fallen. Doch die Affäre ist für Naschi ein gefundenes Fressen. Ihre Propaganda-Maschine schießt sich auf die EU ein, sie führt die russische Öffentlichkeit und ihre jugendlichen Sympathisanten bewusst in die Irre und suggeriert: Die Willkür der Europäischen Union trifft nun bald jeden Russen.

Merkel ist eine „Marionette der USA“

Seit Anfang Januar finden in Moskau beinahe wöchentlich Naschi-Protteste statt. Fleißig werden Unterschriften gegen den „teuflischen“ Westen gesammelt. Schon haben sich rund 18.000 Russen an der Aktion beteiligt, darunter auch die Präsidentschaftskandidaten Wladimir Schirinowski und Gennadi Sjuganow. Auf der Webseite der Initiative verdammt ein Film das „faschistische“ Regime der Esten und diffamiert Angela Merkels Regierung als Marionette der

USA. Bilder von Adolf Hitler wechseln mit Aufnahmen der estnischen Botschafterin Kaljurand.

An der Bühne gegenüber der EU-Vertretung werden hastig die letzten Pfannkuchen verspeist. Lena Kusmina, 20 Jahre alt, steht ein bisschen abseits. Sie ist aus der Stadt Tula nach Moskau gereist, um gegen die EU zu demonstrieren. Im Frühjahr hat sie eine Woche vor der estnischen Vertretung in Moskau kampiert. Nun fürchtet sie, dass bald auch ihre Reisefreiheit beschränkt werden könnte. „Dabei ist Reisen doch ein Hobby von mir“, sagt Kusmina betrübt. „Ich würde mir Europa so gern einmal ansehen.“



25.04.2008

Moskau über Diskriminierung der Russischsprachigen im Baltikum besorgt

MOSKAU, 25. April (RIA Novosti). Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat auf einem Treffen mit dem Menschenrechtskommissar des Europarates Thomas Hammarberg am Freitag seine Besorgnis über die anhaltende Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung in Lettland und Estland geäußert. Das geht aus einer Pressemeldung des russischen Außenamtes hervor.

Nach der Verkündung der Unabhängigkeit beider Republiken blieben in diesen Republiken mehrere Hunderttausende russischsprachige Bürger, gegenüber denen Moskau zufolge die örtlichen Behörden eine diskriminierende Politik durchführen.

Dabei geht es um den Erhalt von Pässen für „Nichtbürger“, Schwierigkeiten bei der Jobsuche und Pflichtexamen über die Kenntnis der nationalen Sprachen.

Lawrow wies Hammarberg auf die „Verletzung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen, sprachlichen und Bildungsrechte der russischsprachigen Minderheit“ in diesen Ländern hin.

Zudem sprach er das Problem der Verdrängung der russischen Sprache in der Ukraine an. In der ukrainischen Verfassung ist nur Ukrainisch als Staatssprache angeführt. Russisch hat den Status einer Sprache für zwischennationale Kommunikation. In der letzten Zeit verdrängen die ukrainischen Behörden Russisch aus dem Fernsehen und verringern die Anzahl der Schulen, in denen auf russisch unterrichtet wird.

Außerdem wurde über die Reise des Menschenrechtskommissars vom 21. bis 24. April in den Nordkaukasus gesprochen. „Der Kommissar verzeichnete eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der nordkaukasischen Region und Erfolge beim Wiederaufbau der Wirtschaft in Tschetschenien“, so das russische Außenamt.



27.04.2008

Ein Jahr nach Denkmalstreit in Estland

Eisige Stimmung zwischen Esten und Russen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden in ganz Osteuropa Denkmäler aus der Zeit des Kommunismus geschleift. Eines von ihnen war der „Bronzene Soldat“ in der estnischen Hauptstadt Tallinn. Seitdem versank die Stadt in Gewalt und Chaos. Die Verlegung des russischen Ehrenmals hatte die Spannungen zwischen den estnisch- und russischstämmigen Menschen zur Explosion gebracht. Die Integrationsschwierigkeiten sind geblieben.

Alexander Budde, ARD-Hörfunkstudio Stockholm



Tallinn vor genau einem Jahr: Der Entschluss der estnischen Regierung, das Denkmal des „Bronzenen Soldaten“ aus der Innenstadt zu entfernen, löst eine Welle der Gewalt aus. Russischsprachige Jugendliche liefern sich tagelange Straßenschlachten mit der Polizei. Ein junger Mann wird erstochen, dutzende Demonstranten werden verletzt, hunderte verhaftet. Die Kampfzone gleicht anschließend einem Trümmerfeld.

In der Folge bleiben russische Touristen in Estland aus und estnische Produkte werden in russischen Läden boykottiert. Das Internet wird durch eine Welle gezielter Hacker-Angriffe lahmgelegt, die nach Überzeugung estnischer Regierungsstellen von Russland ihren Ausgang nahmen. Das Verhältnis ist eisig geblieben. Auch im Lande selbst leben Esten und Russen eher neben- als miteinander.

Ein Symbol unterschiedlicher Geschichtsbilder

Bis heute gebe es keinen ehrlichen Dialog zwischen der Regierung und den Vertretern der Minderheit, klagt Aleksei Semjonow vom Informationszentrum für Menschenrechte: „Die Ereignisse wurden nicht analysiert, man hat die Augen verschlossen. Es gibt keinen Dialog, kein Entgegenkommen. Und das bedeutet, es gibt auch keine Sicherheit, dass sich nicht Ähnliches wiederholen kann.“

Auch über Geschichtsbilder müsse man diskutieren, fordert Semjonow. Doch hier gehen die Ansichten weit auseinander. Für die meisten der seit 1991 wieder unabhängigen Esten ist der zwei Meter hohe Bronzesoldat ein Symbol der Unterdrückung, eine Verherrlichung der Besatzungsmacht, die das kleine Volk mit Terror und Deportationen überzog. Für viele der im Land lebenden Russen steht das Denkmal hingegen für den Sieg der Roten Armee in dem – so wird er immer noch genannt – „Großen Vaterländischen Krieg“, die Europa vom Faschismus befreite.

30 Millionen Euro für mehr Integration

Fast jeder dritte Einwohner Estlands ist aus Russland zugewandert. Viele Angehörige der Minderheit sprechen bis heute kein Estnisch und haben auch nicht die estnische Staatsbürgerschaft.

30 Millionen Euro will die Regierung nun für eine bessere Integration ausgeben, sagt Tanel Mätlik, der Direktor des staatlichen Integrationsfonds: „Bislang haben wir uns sehr auf den Spracherwerb konzentriert. Wir wollen aber auch persönliche Kontakte fördern und über die Kulturgeschichte unseres Landes aufklären. Es lohnt sich nicht, kostenlose Kurse anzubieten, wenn die Leute nicht motiviert sind.“

Die Wunden müssen heilen

Gewalttätige Demonstrationen werden zum Jahrestag nicht erwartet. Viele Veteranen sind mit dem neuen Standort des Bronzesoldaten auf einem Militärfriedhof am Stadtrand insgeheim ganz zufrieden. Doch bis sich das Verhältnis der ungleichen Nachbarn wieder normalisiert, wird es noch eine Weile dauern, meint ein junger Este: „Eigentlich waren wir schon mal viel weiter. Jetzt ist wieder so viel aufgebrochen. Nachdem das Monument demontiert wurde, wird viel Zeit vergehen, bis die Wunden wieder geheilt sind.“

Quelle: tagesschau.de

DW-WORLD.DE
DEUTSCHE WELLE

03.05.2008

Estnisch-russische Beziehungen:

Ängste und Misstrauen bleiben

Vor einem Jahr wurde Tallinn von Massenunruhen erschüttert, hervorgerufen durch den Streit um die Verlegung einer Gedenkstätte für sowjetische Soldaten. Die Diskussion über eine Spaltung der Gesellschaft dauert an.

Derzeit finden in Tallinn Veranstaltungen statt, die den Ereignissen vor einem Jahr gewidmet sind: Kleine Mahnwachen der Gegner der Verlegung der Gedenkstätte, zu denen sich mehr Journalisten als Teilnehmer einfinden, aber auch einige Diskussionsforen. Der Historiker David Vseviov sagte im Gespräch mit der Deutschen Welle am Rande des Forums „Bürgerfrieden: Rückblick auf April 2007“, die Ereignisse der „Bronzenen Nacht“, wie man sie heute in Estland nennt, habe dem Mythos ein Ende gesetzt, wonach Estland friedlich die Unabhängigkeit erlangt und die Gesellschaft sich friedlich transformiert habe: „Plötzlich flogen Steine. Also ein gewisser Mythos, auf den wir uns stützten, nachdem wir uns als einzigartig angesehen hatten, war plötzlich weg.“



Gedenkstätte an neuem Ort

Lasten der Transformationszeit

Die Soziologin Iris Pettai, die ebenfalls an der genannten Veranstaltung teilnahm, wies auf die Schwierigkeiten der Transformationszeit hin, von denen die Esten betroffen waren. Aber eine noch größere Last habe die russischsprachige Bevölkerung des Landes zu tragen gehabt: „Man musste die estnische Sprache erlernen. Vor 18 Jahren war der Anteil unter der nicht-estnischen Bevölkerung, die des Estnischen mächtig war, sehr gering, er erreichte maximal 15 bis 20 Prozent. Hinzukam, dass man gleich die Kategorie ‚Bürger Estlands‘ schuf. Und diejenigen, die nicht Bürger Russlands sein wollten, weil sie in Estland geboren waren und sich als vollberechtigte Einwohner des Landes betrachteten, erhielten einen so genannten Ausländer-Pass, was für sie natürlich erniedrigend war.“

Integration geht über Sprache hinaus

Das erste Programm zur Integration der nicht-estnischen Bevölkerung, das vor acht Jahren beschlossen wurde, zielte vor allem auf das Erlernen der estnischen Sprache ab. Dasselbe Ziel hat auch das zweite Integrations-Programm, das von der Regierung des Landes in diesem Jahr gestartet wurde.

Der Soziologin Iris Pettai zufolge ist das Programm jedoch unzureichend, denn die Mehrheit der russischsprachigen Jugend sei des Estnischen mächtig: „Wenn man Estnisch sehr gut erlernt hat, dann muss man noch wissen, wie man mit den Esten umgehen soll, damit die Esten einem vertrauen, beispielsweise wenn man in einem estnischen Betrieb arbeiten möchte. Die russischsprachige Jugend ist sich dessen bewusst, dass trotz der Kenntnis der estnischen Sprache die Gesellschaft für sie in vielerlei Hinsicht verschlossen ist.“

Ängste der Esten, Misstrauen der Russen

Pettai meint, auch die Esten müssten an sich selbst arbeiten. Die Erfahrung anderer Länder habe gezeigt: Menschen würden nicht als tolerant geboren, man müsse ihnen gegenseitige Akzeptanz beibringen. Dem stünden die heutigen politischen Realitäten, aber auch Ängste aus der Vergangenheit im Wege: „An erster Stelle steht folgende Angst: Wir sind zahlenmäßig so gering, dass unsere Sprache und Kultur verschwinden, wenn wir den Russen erlauben, hier Russisch zu sprechen. Das sei gefährlich. Aber ich persönlich halte dies nicht für gefährlich. An zweiter Stelle steht die Angst vor Russland. Russland ist so groß, es könnte uns jederzeit wieder besetzen. Jüngste Umfragen haben ergeben, dass 80 Prozent der Esten diese Angst teilen“, berichtet Pettai.

Auf der anderen Seite sehen laut einer Umfrage des Jurij Lewada-Forschungszentrums 60 Prozent der Russen in Estland den Hauptfeind Russlands. Diese Umfrage wurde gleich nach den Unruhen in Tallinn und der Blockade der estnischen Botschaft in Moskau durchgeführt.

Gesellschaft gespalten?

Wie dem auch sei, der Historiker David Vseviiov ist nicht der Ansicht, dass die Ereignisse der „Bronzenen Nacht“ die Gesellschaft nach ethnischen Kriterien gespalten haben: „Ich sehe in der Gesellschaft keine Spaltung in Esten und Russen. Ich sehe eine Spaltung in Menschen, die nachdenken und wo die ethnische Zugehörigkeit keine Rolle spielt, und in Menschen, die leicht manipulierbar sind. Die ethnische Zugehörigkeit ist eine reine Hülle und es ist eine ganz andere Sache, womit sie aufgefüllt wird. Deswegen würde ich nicht von einem ethnischen Konflikt sprechen. Meiner Meinung nach ist es ein Konflikt zwischen denkenden und nicht denkenden Menschen.“ Das, sagt Vseviiov, gelte nicht nur für Politiker in Estland.

Andreas Brenner

Estland

Russen als Bürger zweiter Klasse?

Mit der Unabhängigkeit Estlands haben sich die Spielregeln im kleinen Land geändert: War die russische Sprache einst der Schlüssel zum Erfolg, ist heute gutes, sehr gutes Estnisch unabdingbar, um beruflich voranzukommen. Das Ergebnis ist für die Esten die Wiederherstellung ihrer Identität, für die Russen aber schlichte Diskriminierung. Ein Problem nicht nur für Estland, sondern auch für die Europäische Union.

Heuer zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Estlands dürfen russische Interpreten auf dem Tallinner Stadtfest auftreten. Dabei stellen die Russen fast ein Drittel der Bevölkerung Estlands, in der Hauptstadt Tallinn sogar 46 Prozent. Eine Russin schaut sich misstrauisch um, als werde sie beobachtet. Elfrieda Sacharowa sagt uns: „Meine Töchter ermahnen mich immer, ich solle nicht so laut Russisch sprechen.“

Die Russen sollen Estnisch lernen, heißt es. Russen und Esten – eine konfliktgeladene Beziehung. Der Höhepunkt: Tallinn im vergangenen Jahr: Die russische Bevölkerung protestierte gegen die heimliche Verlegung des sowjetischen Kriegerdenkmals. Ein Demonstrant starb, 40 wurden verletzt.

Denkmal – Symbol für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft



Nun ist das Denkmal an den Stadtrand verbannt: Für die Esten Symbol jahrzehntelanger Besatzung – für die Russen Symbol für die Befreiung vom Faschismus. Die Nacht- und Nebelaktion hat den russischen Patriotismus angeheizt, auch bei Professor Wladimir Bragin, dem Vorsitzenden des Vereins für russische Literatur in Estland: „Die Esten haben in mir den Russen geweckt. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar.“

Die russisch-orthodoxe Kathedrale aus der Zarenzeit steht direkt gegenüber dem estnischen Parlament. Ein Symbol für Jahrhunderte langes Miteinander. Aber drinnen im Plenarsaal fühlen sich die Russen heute unterrepräsentiert: Nur sechs russische Abgeordnete stehen für fast

ein Drittel der Bevölkerung. Der Parlamentabgeordnete Vladimir Velmann: „Wir fühlen uns besonders gedemütigt. Der Staat macht mit uns, was er will. Wir werden überhaupt nicht gefragt.“

Velmann beklagt sich, dass seine Schwiegermutter ihn nicht ins Parlament wählen darf, weil sie einen grauen Pass besitzt. Über ein Drittel der estnischen Russen haben solche grauen „Aliens-Pässe“. Damit gelten sie nicht als Staatsbürger und sind nicht wahlberechtigt. Für den estnischen Pass müssten sie eine Sprachprüfung ablegen.



Tallinn

Diskriminierung auf dem Beipackzettel

Der Bürgerrechtler Dimitrij Klenskij kämpft für die Gleichberechtigung der Russen: Nicht einmal bei Medikamenten werde auf sie Rücksicht genommen, das sei eine Schikane. Zum Beispiel die Beipackzettel: „Schauen Sie, nur auf Estnisch. Vielleicht Russisch auf der Rückseite? Nein, Lettisch.“

Die meisten älteren Russen sprechen so gut wie kein Estnisch. Ein großes Problem: Zwei Passantinnen bestätigen uns: „Ohne Sprachkenntnisse geht gar nichts mehr. Auch in der Arbeit: einen Job bekommt man vielleicht noch, aber was für einen?!“ „Was wir dabei empfinden? – Ja, wir fühlen uns schon als Bürger zweiter Klasse.“

Zu Sowjetzeiten hatten es die Russen nicht nötig, die Sprache des kleinen Volkes zu sprechen, jeder musste Russisch lernen. Heute ist es umgekehrt, nun rächt sich die Geschichte. Eine Russin erzählt uns: „Ich habe früher als Buchhalterin gearbeitet und jetzt arbeite ich im Krankenhaus – als Putzfrau.“

Russen als „Bürger zweiter oder dritter Klasse“

Der Journalist und Bürgerrechtler Dimitrij Klenskij: „Ja, Bürger zweiter oder dritter Klasse.“ Er zeigt uns einen Mann: „Er zum Beispiel: Ihm geht es nicht darum, fürs Parlament zu wählen. Ihm geht es ums tägliche Überleben.“ Dimitrij Klenskij sagt, er könne schon von weitem sehen, dass es sich um einen Russen handle.

Dann fragt Klenskij den Mann: „Darf ich sie mal was fragen? Leben sie in Tallinn? Sind Sie Russe? Ich habe schon gewettet, dass Sie Russe sind.“ Früher sei er Maschinist auf einem Motorboot gewesen, erzählt uns Juri Besspalow. Ohne Estnischkenntnisse könne er heute nur als Wächter arbeiten, für 1,80 Euro pro Stunde. Sorgfältig versteckt er die Pfanddosen in der Tüte. Wir fragen ihn, warum: „Damit das nicht so auffällt. Wissen sie, offen gesagt, schäme mich ich etwas dafür. Ich habe doch auch noch meinen Stolz.“

Ein Taxifahrer erzählt von seinen Erfahrungen als Russe in Estland. Er möchte nicht erkannt werden: „Früher habe ich als Kommissar bei der Polizei gearbeitet. Ich hatte die mittlere Sprachstufe in Estnisch. Die Sprache ist sehr schwer, sie besitzt 14 Fälle. Aber als Polizist braucht man die höchste Stufe. Ich habe daraufhin einen Aufbaukurs in Estnisch begonnen. Der Kurs sollte bis Mai dauern. Aber sie haben nicht so lange gewartet und mich einfach schon im Januar entlassen.“

Von der Elite an den Rand der Gesellschaft

Gaben sie in der Sowjetzeit den Ton an, leben viele Russen heute am Rand der Gesellschaft. Der Straßenmusikant Sergej Martinow: „Ich überlege, ob ich nicht nach Russland gehe, um dort Musik zu studieren. Warum? Weil ich Probleme habe mit der Sprache.“ Ein Este hat uns beim Interview zugehört: Er spricht russisch und hat eine andere Sicht der Dinge: „Sie hier, die Russen, wollen einfach nicht wahrhaben, was in der Vergangenheit passiert ist.“ Und dann wechselt er vom Russischen ins Estnische: „Mit der Revolution, meinen die Russen, sie hätten uns befreit. Aber in Wirklichkeit haben sie uns besetzt. Das war eine Besatzungszeit, Okkupation.“

Auch 17 Jahre nach der Unabhängigkeit knistert es zwischen Esten und Russen. Für Estland als EU-Mitglied eine große Herausforderung.

Filmautoren: Ralph-Jürgen Schoenheinz und Galina Kirsunova



25.11.2008

Russen und Esten

Ein Soldat wird niemals ein Friedenssymbol sein

Im April 2007 wurde die sowjetische Statue aus dem Stadtzentrum Tallinns entfernt. Dies ärgerte die russischsprachige Minderheit, immerhin ein Drittel der Bevölkerung. Wie sieht die Lage nach anderthalb Jahren aus?

Eine Untersuchung von Filip Jurzyk, Übersetzung: Julia Eichhorst

Im Molly Malone's Pub in der Tallinner Altstadt möchte Ruslana nicht, dass wir ein Foto von ihr machen. „Ich habe einen grauen Pass, weil es bequem ist“, beginnt die 24-jährige, russische Flamencotänzerin, die einen weißen Teint und rosalackierte Fingernägel hat, zu erzählen. 116.000 Menschen haben zurzeit einen „grauen“ Pass. Das bedeutet, dass sie staatenlos sind. Sie können solange keinen „blauen“ Pass erhalten, bis sie einen Sprach- und einen Wissenstest über die Verfassung bestanden haben. „Die Schengenzone ist seit einem Jahr für staatenlose Menschen geöffnet, also kann ich ohne Visum in EU-Staaten und nach Russland reisen“, sagt Ruslana. Weder Bank noch Lebensversicherung bereiten ihr Probleme Sie sagt, sie fühle sich „gut mit grau. Ich habe mein ganzes Leben in Estland verbracht und spreche Estnisch, wenn es sein muss.“

Russen, Esten und der Vorfall

Während die Kellnerin der „grauen“ Ruslana einen weiteren Smirnoff Ice serviert, kommentiert diese, dass sie mit keinem Esten ausgehen würde. „Ich würde mich schlecht fühlen, wenn ich einige Vokabeln vergessen würde“, ist ihre „offizielle“ Erklärung. Ruslana hegt einen Groll gegenüber ihrer russischen Freundin und meiner Führerin Olga, einer eingebürgerten

Estin mit blauem Pass. „Du verkehrst mit Esten statt mit uns. Du sprichst ihre Sprache mehr als deine eigene“, beschuldigt Ruslana sie. Sie scheint keine estnischen Freunde zu haben.

Andrus, ein Este, hat Verständnis für die Russen. „Die Statue war ein Symbol ihrer toten Kinder.“ Aber über ein weiteres Bier teilt er eine radikalere Sichtweise mit: „Wir hatten eine Statue eines ver...ten sowjetischen Befreiers im Zentrum der Hauptstadt. Ich habe sie gehasst - ein Soldat wird niemals ein Friedenssymbol sein!“ Sein Freund Kristjan, Mitglied der sozialdemokratischen Jugend Estlands, ist zurückhaltender. „Menschen haben unterschiedliche Erinnerungen. Wir haben ernstere Probleme als Statuen umzustellen.“

Vadim Poleshchuk, juristischer Berater vom LICHR, dem Informationszentrum für Menschenrechte, lässt Gefühle beiseite. „Der Bronze-Soldat stand fast fünfzehn Jahre ohne Probleme an seinem Platz. Als die Extremisten das Thema zur Sprache brachten, fingen Politiker an, das Thema vor den Parlamentswahlen zu missbrauchen“, bemerkt er. Polizeiberichte beweisen, dass es keine direkte Verwicklung der Russischen Föderation gab. „Es ist ein sehr kompliziertes Problem, das mit dem sogenannten ‚Krieg der Denkmäler‘, dem Zweiten Weltkrieg, ethnischen Spannungen und der Einwanderungspolitik verbunden ist“, sagt Poleshchuk. „Durch den Einfluss russischer Medienpropaganda und Falschinformationen wurden Menschen auf die Straße getrieben, um für etwas zu kämpfen, das sie nicht verstanden“, sagt Marko Mihkelson, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für EU-Angelegenheiten.

Monumentaler Vorwand

Experten, die den Hintergrund der Ereignisse vom April studieren, haben herausgefunden, dass ein erheblicher Teil der russischsprachigen Bevölkerung über Diskriminierung am Arbeitsplatz klagt. Esten in vergleichbaren Positionen scheinen höhere Gehälter zu erhalten, leichter aufzusteigen und hätten die höchsten Posten in sowohl privaten Firmen als auch öffentlichen Einrichtungen für sich reserviert. Marko Mihkelson widerspricht und nennt die estnische Gesetzgebung and Gesetzesanwendung eine der liberalsten in Europa. „Ich bin mir sicher, dass es bestimmte Verfahren gibt, um Staatsbürger in Polen, Deutschland oder Frankreich zu werden. Ich kann nicht verstehen, wieso Leute es erniedrigend nennen.“ Aber keines dieser Länder verlangt, dass man sowohl einen Sprachtest als auch einen Test über die Verfassung besteht. [In Deutschland muss ein Ausländer seit dem 1. September 2008 einen so genannten ‚Einbürgerungstest‘ bestehen, bei dem sowohl Sprachkenntnisse als auch kulturelle und politische Kenntnisse getestet werden, *A.d.R.*]

Unterdessen sagen Experten, dass die Russen unter Schikane, Diskriminierung und – weiter verbreitet – der Sprach- und Staatsbürgerschaftspolitik leiden. Marianne, eine hübsche, dunkelhaarige russische Kellnerin im Molly Malone’s, macht eine kurze Zigarettenpause. Sie spricht perfekt Estnisch und Englisch. Auch sie ist „grau“. „Ich versuche seit vier Jahren den blauen Pass zu bekommen. Ich habe die Verfassungs- und Sprachtests mehrere Male bestanden, weil die Behörden so langsam arbeiten, dass die Urkunden ablaufen. Nun muss ich nur noch anderthalb Jahre warten, um den Pass zu bekommen“, sagt sie mit ironischem Blick. „Sicherlich gibt es einige ernste bürokratische Probleme in so speziellen Fällen wie diesem“, kommentiert Marko Mihkelson. „Aber erzählen Sie mir nicht, dass es Bürokratie nur in Estland gibt.“ Er erwähnt, dass es 2009 Geld für eine Informationskampagne geben wird, „vor allem über graue Pässe und warum die estnische Staatsbürgerschaft gut wäre“.

Eine im September 2005 durchgeführte Untersuchung vom LICHR zeigt, dass 53 Prozent der Nicht-Esten das Gesetz zur estnischen Sprache diskriminierend finden. 47 Prozent der Minderheitsbevölkerung bewerten das Staatsbürgerschaftsgesetz negativ. 42 Prozent der eingebürgerten Esten und 45 Prozent der staatenlosen Menschen hatten Probleme damit, einen Job zu finden, während nur 16 Prozent der Esten zugeben, dieselben Schwierigkeiten zu haben. Letzter Punkt: Über 63 Prozent der Esten glauben, dass ethnische Gruppen voneinander isoliert sind. Mehr als 59 Prozent der Nicht-Esten haben dasselbe Gefühl. Nach einer im Jahr

2000 durchgeführten Volkszählung machen Esten nur etwas mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Tallinns aus.

Hat die Regierung irgendetwas an der Einwanderungspolitik geändert, um eine solche Situation in Zukunft zu vermeiden? „Nicht wirklich“, antwortet Marko Mihkelson. „Aber wir werden keine großen Änderungen an unserem Staatsbürgerschaftsgesetz machen oder jedem die Staatsbürgerschaft einfach so geben“, fügt er hinzu. Vadim Poleshchuk merkt an, dass nach den Ereignissen vom April 2007 nur eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht wurde - estnische Polizisten haben mehr Rechte bekommen. „Wenn sie glauben, dass es nicht noch mal passiert, warum dann das Gesetz ändern?“, fragt er. Nach dem Krieg in Georgien, als Russland das Recht beanspruchte „seine“ Bürger zu schützen, fürchten sich die Esten vor einer neuen Provokation. Mihkelson sagt voraus, dass Estland innerhalb von fünfzehn Jahren „Normalität erreichen“ wird – „man kann historische und gesellschaftliche Veränderungen nicht wirklich beschleunigen.“

Zurück im Molly Malone's wird der kalte Abend draußen vor den Fenstern zur dunklen Nacht, und es ist Olga, die eingebürgerte Russin, die die Diskussion zu einem erstaunlichen Abschluss bringt: „Wir sind keine Feinde, aber wir haben auch Angst davor, Freunde zu werden. Wir reden miteinander, aber wir hören nicht zu. Wir kommunizieren, aber wir verstehen nicht. Das ist das Wesen von Estland.“

Vielen Dank an das cafebabel.com-Team in Tallinn – vor allem an Giovanni Angioni und Margarita Sokolova.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Januar 2009

Ein Stein des Anstoßes.

Gespräch über das heutige Estland

Bericht und Interview zur Situation der russischsprachigen Menschen in Estland.

von Holger Politt *



Universitas Tartuensis / Universität Tartu

Die Lage der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe in Estland ist bei vielen, die von außen auf die Vorgänge der kleinen Republik am Finnischen Meerbusen schauen, ein Stein des Anstoßes. Solange der Besucher die Tallinner Innenstadt nicht verlässt, könnte er den Eindruck

mitnehmen, alles sei in bester Ordnung. Touristen aus Finnland und Skandinavien, von den britischen Inseln und aus Deutschland scheinen sich pudelwohl zu fühlen, genießen die estnische Gastfreundschaft und geizen nicht mit Barem. Erst wenn er den Innenstadtring in Richtung der Trabantsiedlungen verlässt, wird dem Besucher begreiflich, dass er sich in einer in großen Teilen russischsprachigen Stadt befindet. Obwohl knapp 40% der Einwohner der estnischen Hauptstadt von Hause aus Russisch sprechen, führt die Sprache Puschkins im öffentlichen Straßenbild noch immer eine untergeordnete Rolle. Zählte man die Schriftzeichen, gebührte dem Englischen wohl eher die Palme des zweiten Siegers, denn es ist – strenges Sprachgesetz hin oder her – auch in Estland die vorherrschende Sprache der Werbebranche. Kein Geheimnis und keine Frage also, dass auch die Rosa Luxemburg Stiftung bei ihrem Engagement in Sachen politischer Bildung vor Ort mit derartigen Fragen konfrontiert wird. Auch deshalb sei an dieser Stelle ein Gespräch empfohlen, welches Ende November 2008 in Tallinn geführt wurde und dessen Wortlaut in der linksgerichteten polnischen Wochenzeitung „Przeгляд“ mittlerweile veröffentlicht wurde.

Jewgeni Golikow (Jg. 1946) ist heute Hochschullehrer an einer Privathochschule, war nach der Unabhängigkeitserklärung Estlands 1991/92 Tallins erster Botschafter an der Moskwa, ist ein glaubwürdiger Kenner der komplizierten Beziehungen zwischen den beiden großen Bevölkerungsteilen in Estland. Als ich am 9. Mai 2008, am Gedenktag für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg, in Tallinn neben ihm am Denkmal des Rotarmisten stand, sagte er mir, wie froh er sei, an diesem Tag und an dieser Stelle mit einem Deutschen zusammen stehen zu können, der ein anderes Deutschland verkörpere, als jenes, gegen welches seine Großeltern- und Elterngeneration kämpfen mussten. Für ihn sei es keine Frage, mit einer deutschen Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburgs trägt, zusammenzuarbeiten.

Krzysztof Pilawski (Jg. 1958) – ein ausgezeichnete Kenner Russlands und der Sowjetunion - zählt zu den bekanntesten linksgerichteten polnischen Publizisten und arbeitet seit Jahren eng mit der Rosa Luxemburg Stiftung zusammen. Im November 2008 auf Einladung der Stiftung in Tallinn weilend, packte ihn das journalistische Interesse, als er bemerkte, wie in den besten Buchhandlungen ein dicker Bildband als Bestseller angepriesen wird, in dem auf Estnisch und Englisch zu lesen steht, dass jene estnischen Soldaten, die an der Seite der Hitlertruppen gegen die Sowjetunion kämpften, die Helden der heutigen estnischen Unabhängigkeit seien, hätten sie doch gegen den Kommunismus gekämpft, wenn auch auf der unterlegenen Seite.

Ende Januar 2009 werden Jewgeni Golikow und Krzysztof Pilawski in Warschau an einem polnisch-estnischen Seminar teilnehmen, auf dem gesellschaftliche Konsequenzen von Erinnerungspolitik beleuchtet werden, die von ihrer inhaltlichen Anlage her die Spaltung der Gesellschaft in einen moralisch besseren und einen moralisch gesehen weniger guten Teil billigend in Kauf nimmt.

Ich will hinzufügen, dass Jewgeni Golikow, Krzysztof Pilawski und der Verfasser dieser einleitenden Zeilen sehr wohl Sinn und Wert der staatlichen Unabhängigkeit Estlands zu würdigen wissen. Diesem kleinen Land und allen seinen Bürgern – gleich, ob heute Staatsbürger oder nicht – gebührt gerade in Rücksicht auf die komplizierte und nicht immer leicht zu verstehende jüngere Geschichte eine gedeihliche Zukunft im Rahmen der Europäischen Union und an der Grenze zum benachbarten Russland.

„Ich dachte, uns verbänden gemeinsame Ziele“

Jewgeni Golikow (Tallinn) im Gespräch mit Krzysztof Pilawski (Warschau). Aus der Wochenzeitung „Przeгляд“ (Nr. 51/2008). Übersetzung aus dem Polnischen.

Wann kamen Sie nach Estland?

Im Jahre 1958, also vor einem halben Jahrhundert. Mein Vater war Armeeeoffizier und erhielt einen neuen Einsatzbefehl für eine Luftwaffeneinheit in Tartu. Ich war damals 12 Jahre alt.

Die Mehrheit der Einwohner Tartus waren Esten. Fühlten sie sich wie zu Hause?

Anfangs wohnten wir in einer Wohnsiedlung für Militärangehörige, aber nach einem Jahr erhielten meine Eltern eine Wohnung im Stadtzentrum. Ringsherum nur Esten. Dass wir mit einer anderen Sprache redeten, war für mich nichts Ungewöhnliches. Meine Mutter ist Ukrainerin und ich lernte, noch bevor ich zur Schule ging, nach einer ukrainischen Fibel Lesen und Schreiben. Es fiel mir nicht schwer, Kontakte mit estnischen Gleichaltrigen herzustellen. Wir spielten gemeinsam auf dem Hof, trainierten im Sportklub. Ich fühlte, dass wir Spieler derselben Mannschaft sind.

In welche Schule sind sie gegangen?

In die damals einzige russischsprachige Schule in Tartu, die noch an die zaristische Zeit erinnerte. Es gab wenig Russen in der Stadt. Darunter waren auch Vertreter der weißen Emigration, die sich noch an die Zeit der Ersten Republik (1918-1940) erinnerten. Nach der Schule kam ich an die dortige Universität, die einstmals der Polen-König Stefan Bartory gründen ließ. Das war eine Hochschule mit einer starken demokratischen und freiheitlichen Tradition. An die Universität in Tartu kamen in den 1950er Jahren Gelehrte, die wegen ihrer „kosmopolitischen“ Herkunft aus Moskau und Leningrad vertrieben wurden. Unter ihnen war der weltberühmte Kultursemiotiker Jurij Lotman. Deshalb sprach man auch von dem „Tartuer Geist“. Die Universität in Tartu bildete die Intelligenz aus, die jetzt beim Aufbau der Zweiten Republik, also des heutigen estnischen Staates, eine Schlüsselrolle spielt.

Viele estnische Politiker aus dem Regierungslager verkünden, dass die Erinnerung an die Soldaten, die in der Zeit des Krieges von 1918-1920 mit den Bolschewiki kämpften, später diesen Kampf in der Zeit des Zweiten Weltkriegs an der Seite der Hitlerarmee und der Finnischen Armee sowie als Einheiten der „Waldbrüder“ fortsetzten, zu den Gründungsmythen der heutigen Republik gehört. Sie hingegen unterstreichen ganz andere Faktoren: Die Politik der UdSSR und die Perestroika. Beginnen wir mit der ersten Sache. Laut der in ihrem Land üblichen Auslegung war Estland bis 1991 okkupiert. Okkupation aber lässt sich nur schwerlich mit Unabhängigkeit zusammenbringen!

Im Jahre 1940, als die Rote Armee in Estland einmarschierte, hatten wir es tatsächlich mit einer Okkupation zu tun. Es sollte jedoch daran erinnert werden, dass nicht nur Esten Opfer von Massenrepressionen wurden, sondern auch viele Russen, jene, die eine „falsche Klassenherkunft“ hatten. Nach dem Tode Stalins setzte der Prozess der Estnisierung Estlands, die Entwicklung einer örtlichen Elite ein.

Als ich an der Wende der 1960er und 1970er Jahre an Universität in Tartu studierte, studierten von insgesamt 3.500 Studenten lediglich 500 an Instituten, in denen Russisch Vorlesungssprache war. Bei den humanistischen Disziplinen war Russisch nur im Bereich der russischen Philologie Vorlesungssprache. Estland führte in der UdSSR die Pro-Kopf-Statistik in Hinsicht der Leserzahlen und des Theaterbesuchs an. In der letzten Disziplin waren wir womöglich sogar die Weltmeister. Dieser Prozess der Entwicklung der Intelligenz half, den estnischen Geist zu bewahren. Die estnische schöpferische Intelligenz spielte in der Sowjetzeit eine außerordentlich wichtige Rolle im Prozess der Bewahrung der nationalen Identität. Es sollte daran erinnert werden, dass noch zu Zeiten der Ersten Republik die überwiegende Mehrheit der Esten in kleinen Städten und auf dem Lande lebte. Die Esten waren bis in unser Jahrhundert hinein ein Bauernvolk. In den Städten nahmen Vertreter anderer Nationalitäten die Schlüsselstellungen ein – vor allem Deutsche, aber auch Juden und Russen.

Der Okkupant orientierte also im Grundsatz auf die Nationalwerdung des okkupierten Volkes. Aus welchem Grund waren die Behörden der UdSSR an der Entwicklung der estnischen Intelligenz und an dem Prozess interessiert, den sie „Estnisierung Estlands“ nannten?

So an der Schwelle der 1960er Jahre begannen die UdSSR-Behörden eine Strategie zu verwirklichen, die später als Politik des „Wurzelfassens“ bezeichnet wurde. Deren Ziel war die Schwächung der Unzufriedenheit der Einwohner der nationalen Republiken mit Moskau. Im Rahmen der Politik des „Wurzelfassens“ wurde die Leitung in den Republiken an Vertreter

der örtlichen Eliten übergeben. Ganz klar, dass die wichtigsten Angelegenheiten, die Estland betrafen, weiterhin im Kreml entschieden wurden, doch in den Leitungsstrukturen auf Republikenebene bei Partei, Verwaltung und Wirtschaftsführung entsprach das Verhältnis von Esten zu Russen dem von zwei zu eins. Grundpfeiler der estnischen Elite war die Intelligenz, insbesondere die schöpferische Intelligenz. Das gesellschaftliche Ansehen eines Schriftstellers, Journalisten, Schauspielers oder Regisseurs war in Sowjetestland sehr hoch. Auf die Meinung dieser Personen wurde gehört. Wenn ein Vertreter der estnischen Republikverwaltung einen Beitrag veröffentlichte, so hatte das kaum Einfluss auf die Einstellung der Bürger. Meldete sich jedoch ein bekannter Schriftsteller zu Wort, so las ihn die ganze Republik. Die moralische Autorität der führenden geistigen Köpfe war in Estland besonders hoch. Heute ist es, nebenbei gesagt, genau umgekehrt. Die wichtigste Rolle bei der Bildung der heutigen Republik spielten Leute, die in der Zeit der Sowjetmacht geboren wurden, die ihre Ausbildung in sowjetischen Schulen erhielten und ihren Berufsweg in sowjetischen Institutionen begannen, nicht selten zur Machtelite gehörten. So leitete z. B. Siim Kallas, der im unabhängigen Estland dann Ministerpräsident und Minister geworden war, der heute als EU-Kommissar Estlands wichtigster Beamter bei der EU ist, vordem als Chefredakteur die wichtigste Parteizeitung in der Republik und die örtlichen Gewerkschaften. Tallinns Oberbürgermeister Edgar Savisaar war Chef der obersten Planungsbehörde in der Republik. Es gibt viele ähnlicher Beispiele. In der Periode der relativen Stabilisierung Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre erneuerten die Esten nicht nur das in der Zeit des Krieges und der stalinschen Repressionen verlorene nationale Potential, sondern sie vermehrten es und schufen die Voraussetzungen für den Wiederaufbau eines selbständigen Staates.

Die okkupierten Esten regierten bereits in der UdSSR die Okkupanten, also die Russen?

Nach dem Krieg waren Soldaten die erste Gruppe von Russen oder, weiter gefasst, von russischsprachigen Menschen, die nach Estland kamen. Ein Teil von ihnen blieb nach der Demobilisierung hier. Doch das war eine relativ kleine Gruppe. Die russischsprachigen Menschen kamen massenweise Anfang der 1960er Jahre mit der Entwicklung der Großindustrie nach Estland. In der Republik mangelte es an Arbeitskräften und so warb man um diese in anderen Regionen der UdSSR. Es kamen vor allem schwach ausgebildete Menschen aus der Provinz. Sie wurden Arbeiter in den Industriebetrieben, die für sie Wohnblöcke erbauten. Es entstanden so eigene Gebiete, in denen die zugezogenen russischsprachigen Menschen arbeiteten, wohnten und ihre Freizeit verlebten. Die Kinder gingen in russischsprachige Kindergärten und Schulen. So wie ihre Eltern erlernten sie kein Estnisch. Der Prozess der Trennung von Esten und russischsprachigen Menschen begann bereits in der Sowjetzeit.

Hatten die russischsprachigen Menschen keine eigene Elite?

Die UdSSR-Behörden legten der Herausbildung russischsprachiger intellektueller Strukturen keinen besonderen Wert bei. Ich denke, sie taten es gewollt nicht. Im Ergebnis konnten russischsprachige Kinder in Tartu z. B. nicht Philosophie, Recht oder Geschichte studieren, denn Vorlesungssprache war, wie gesagt, Estnisch. Die Politik des Wurzelfassens machte der russischsprachigen Bevölkerung den Weg in die Machtelite keineswegs leichter. Alle wussten, dass die Kenntnis der estnischen Sprache in Estland Voraussetzung ist, um Karriere in Partei und Verwaltung machen zu können. Ich sagte bereits, dass in den Leitungsstrukturen auf zwei Esten ein russischsprachiger Vertreter kam. Zwei Drittel der Arbeiter waren jedoch russischsprachig. Die Teilung verfestigte sich – die Russen waren Arbeiter, die Esten Beamte, Gelehrte, Künstler. Das Sowjetsystem machte die Esten zu einem Volk der Manager, erhob das estnische Volk zu einer Mittelklasse. Die Russen in Estland wurden bereits in der Sowjetzeit zu Bürgern zweiter Klasse: Sie waren schlechter ausgebildet, schlechter bezahlt, standen in der gesellschaftlichen Stufenleiter niedriger.

Und dennoch sprach sich im Unabhängigkeitsreferendum von 1990 eine Mehrheit der russischsprachigen Menschen für die Unabhängigkeit Estlands aus.

Ein Ergebnis der Perestroika, die durch eine breite demokratische Bewegung begleitet wurde. Im Zuge der Perestroika entstand im April 1988 die Volksfront Estlands, die durch einen bedeutenden Teil der Russen unterstützt wurde. Ich selbst war an der Entstehung der Front beteiligt, da ich meinte, uns verbänden gemeinsame Ziele – der Kampf mit dem bürokratischen Sowjetsystem und die Demokratisierung der Gesellschaft. Demokratie schien damals das wichtigste zu sein. Wir waren überzeugt, dass mit ihr auch die Nationalitätenkonflikte zu lösen sein werden.

Womit rechnet die russischsprachige Bevölkerung, als sie für die Unabhängigkeit stimmt?

Wir meinten, uns auf diese Weise vom Osten losreißen und nach Europa gelangen zu können. Außerdem hatten wir, wie sich zeigte, naive Überzeugungen, dass unsere Probleme dadurch gelöst werden würden. Die Tatsache, dass bei dem Referendum 1990 eine Mehrheit der russischsprachigen Menschen sich für die Unabhängigkeit Estlands entschied, war ausschlaggebend für den Ausgang des Referendums und ein Schlag für den Kreml.

Weshalb nutzen die estnischen Regierungen diese Tatsachen, von denen sie sprachen, nicht, um Brücken zwischen Esten und russischsprachigen Menschen, denen stattdessen Hindernisse in den Weg gestellt werden, zu bauen? Die Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetze sind diskriminierend. Viele Passagiere des Flugzeugs, mit dem ich nach Tallinn kam, hielten bei der Abfertigung blaue Pässe in den Händen, die sie für den Betrachter unschwer als staatenlose Bürger Estlands erkennbar machten.

Die Idee der Demokratie, die uns in der Perestroika-Zeit verband, wurde nach der Schaffung der Unabhängigkeit schnell ersetzt durch die nationale Idee. Der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft ist entschieden schwieriger als das Handeln nach dem alten Grundsatz des Teilens und Herrschens. Die gegenwärtigen radikalen nationalen Kräfte betrachten die gesamte Sowjetzeit als Okkupation. Das Wort Okkupation wurde zum wichtigsten Begriff im politischen Wörterbuch Estlands. Die Auffassung, es sei Okkupation gewesen, ist bei vielen Politikern und Historikern vorhanden, die sie zudem großen Teilen der Gesellschaft aufzwingen konnten.

Was sind die praktischen Dimensionen der offiziellen estnischen Erinnerungspolitik?

Als erstes flößt sie den Menschen die Überzeugung ein, dass die Esten moralisch überlegen, besser als die russischsprachigen Menschen seien. Zweitens führte das herrschende Recht sowie die praktizierte Politik dazu, dass unter den Ministern, ihren Stellvertretern und Abteilungsleitern in den Ministerien heute keine einzige Person sich befindet, deren Muttersprache Russisch wäre. Sogar in der Stadt Narva an der estnisch-russischen Grenze, in denen 95% der Einwohner Russen sind, sind der Bürgermeister und der Polizeichef Esten. Von den insgesamt 1,4 Millionen Einwohnern Estlands sind 400.000 sogenannte Nicht-Esten. 120.000 von ihnen haben noch immer keine Staatsbürgerschaft. Meiner Meinung nach ist das auch ein Beweis ihrer Loyalität gegenüber dem estnischen Staat, denn ohne Schwierigkeiten könnten sie die russische Staatsbürgerschaft erhalten. Sie wollen jedoch die estnische Staatsbürgerschaft. Doch ich beobachte, dass nach dem Skandal mit dem Denkmal des Bronzesoldaten das Interesse am Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft gestiegen ist.

Womit wir bei den estnisch-russischen Beziehungen wären.

Die Regierungen Estlands versuchen nicht nur, sich sehr aktiv der realen russischen Politik entgegenzustellen, sie versuchen zudem, Russland als ideologischen Hauptfeind Estlands darzustellen, der – ohne Rücksichtnahme auf anderes – für immer der Feind bleiben werde, da die Wurzeln der russischen Kultur imperial seien und Russland demzufolge Estland immer gefährden werde. Als Beweis dafür gilt die Okkupation. Deshalb wird überhaupt vergessen gemacht, dass Russland der erste Staat war, der am 24. August 1991 die Unabhängigkeit Estlands anerkannte. Heute gilt Island als dieses erste Land. Als Mitglied der Leitung der Demokratischen Plattform in der KPdSU war ich Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre das

Verbindungsglied der russischen und estnischen Machteliten. Ich erinnere mich an die gegenüber Estland wohlwollende Haltung der Regierung Russlands mit Boris Jelzin an der Spitze.

Russland scheint heute ein größerer Feind Estlands zu sein als Hitlerdeutschland. Mit Verwunderung las und betrachtete ich einen voluminösen Bild-Text-Band, welcher 2008 durch Mart Laar herausgegeben wurde und welcher nur schwerlich anders denn als Propaganda für den Faschismus bezeichnet werden kann. Das sieht fast wie eine Provokation aus. An Stelle der Kreml-Herren, die solche dienstbeflissenen Feinde recht gerne sehen, wäre ich zufrieden – schaut mal, die Esten, das sind doch erst richtige Faschisten!

Ich denke, unser ehemaliger Ministerpräsident weiß genau, was er tut. Umso mehr, da er unter den Politikern der Europäischen Union einflussreiche Freunde hat und regelmäßig prestigeträchtige ausländische Auszeichnungen entgegennimmt. Laar ist eher ein Pragmatiker denn ein Nationalist. Vielleicht entstand das Buch unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise, die Estland sehr schmerzhaft trifft. Eine solche Situation ist günstig für radikale nationale, sogar faschistoide Strömungen, übrigens nicht nur in Estland. Ich schließe nicht aus, dass dieses Buch so eine Art heimliche Umfrage sein könnte, von der auf die Zustimmung der Einwohner Estlands zu ähnlichen Entwicklungen oder Ereignissen geschlossen werden soll.

Und wie werden die Ergebnisse dieser Umfrage aussehen?

Ich war immer der Ansicht, dass es in der Kultur des estnischen Volkes keine Tradition des Militarismus oder Faschismus gibt. Ja, es ist wahr, dass zehntausende Esten an der Seite Hitlers kämpften, aber auf der gleichen Seite kämpften auch 1,5 Millionen Russen. Ich denke, die Esten taten es nicht aus Liebe zu Hitler, vielmehr protestierten sie gegen den sowjetischen Totalitarismus. Doch die Tatsache, dass dieser Kampf der Esten heute positiv bewertet wird und aus ihnen Helden gemacht werden, ist erschreckend, denn sie waren im Bunde mit dem absolut Bösen und das Gutheißen ihrer Entscheidung bedeutet zugleich die Zustimmung zu diesem absolut Bösen. Ich habe kürzlich den Film „Der Pianist“ von Roman Polański gesehen und ich habe das absolut Böse gesehen. Natürlich tat mir der deutsche Offizier leid, der Władysław Szpilman rettete und hinterher in sowjetischer Kriegsgefangenschaft starb. Doch eine Rehabilitierung der Idee des Faschismus darf es nicht geben.

Das Kreuz, welches auf dem Sockel des geplanten Freiheitsdenkmals für 1918 in Tallinn angebracht werden soll, erinnert an das Eiserne Kreuz. Stößt sich niemand daran?

Darüber wurde in der Presse geschrieben, aber in Estland werden die Entscheidungen durch jene getroffen, die jeweils an der Macht sind. Sie ließen keine ernsthafte Diskussion in dieser Sache zu, Meinungen der Opposition und von Intellektuellen wurden nicht berücksichtigt. Nach den bei uns herrschenden Geflogenheiten werden derartige Entscheidungen durch die Regierenden in ein patriotisches Gewand gepackt. Wer dagegen auftritt, ist also kein Patriot mehr. So auch bei dieser Sache.

** Holger Politt leitet das RLS-Auslandsbüro in Warschau.*



veröffentlicht: 2010

Amnesty Report 2009

Estland

Amtliche Bezeichnung: Republik Estland
Staatsoberhaupt: Toomas Hendrik Ilves

Regierungschef: Andrus Ansip
 Todesstrafe: für alle Straftaten abgeschafft
 Einwohner: 1,3 Mio.
 Lebenserwartung: 71,2 Jahre
 Kindersterblichkeit (m/w): 11/8 pro 1000 Lebendgeburten
 Alphabetisierungsrate: 99,8%

Angehörige der nicht-estnischsprachigen Minderheiten wurden weiterhin in einigen Bereichen diskriminiert, vor allem auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen. Migranten waren Drangsalierungen durch Behörden ausgesetzt und erlitten Angriffe durch extremistische Gruppen. Strafrechtliche Ermittlungen, die sich auf Vorwürfe wegen übermäßiger Gewaltanwendung durch Polizeikräfte bezogen, wurden eingestellt. Die Schikanen der Regierung gegenüber einer Menschenrechtsorganisation dauerten an.

Diskriminierung ethnischer Minderheiten

Im März 2008 legte der UN-Sonderberichterstatter über Rassismus den Bericht über seinen Besuch im September 2007 vor. Darin äußerte er sich besorgt über die Lebensbedingungen der russischsprachigen Minderheit in Estland. Er stellte vor allem auf dem Arbeitsmarkt ein hohes Maß an Diskriminierung fest. Die Arbeitslosigkeit war unter der russischsprachigen Minderheit fast doppelt so hoch wie unter den ethnischen Esten. Der Sonderberichterstatter drängte die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um das Einbürgerungsverfahren für Staatenlose zu vereinfachen.

Die Regierung begann ihre „Neue Strategie zur Integration der Gesellschaft (2008 - 2013)“ umzusetzen. Diese hat zum Ziel, die estnischen Sprachkenntnisse jener zu verbessern, die keine estnischen Muttersprachler sind. So sollen kostenlose Sprachkurse für Personen angeboten werden, die sich um die Staatsbürgerschaft bewerben, sowie für verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern.

Die Estnischkenntnisse von Arbeitnehmern aus Minderheitengruppen wurden regelmäßig von der Sprachaufsichtsbehörde überprüft, einer staatlichen Einrichtung, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung des Sprachengesetzes zu kontrollieren. Laut den im Jahr 2008 veröffentlichten Daten von 2007 erfüllten etwa 97% der Lehrer und Erzieher in den von der Sprachaufsichtsbehörde überprüften russischen Schulen und Kindergärten nicht die Anforderungen. Lokale Medien und Organisationen zeigten sich besorgt über den diskriminierenden Charakter der sprachlichen Anforderungen.

Im Juni führte die Regierung neue sprachliche Anforderungen für einige Berufe im Privatsektor ein.

Rassismus und Diskriminierung von Migranten

In seinem Bericht vom März erwähnte der UN-Sonderberichterstatter über Rassismus, dass Migranten mit Diskriminierung konfrontiert und rassistisch motivierten Übergriffen ausgesetzt waren, vor allem durch Mitglieder extremistischer Organisationen wie etwa Neonazi-Gruppierungen. Der Sonderberichterstatter äußerte sich besorgt über Fälle, in denen Migranten von Polizeikräften, insbesondere von Grenzbeamten, drangsaliert wurden.

Im Dezember wurde ein Gleichbehandlungsgesetz eingeführt, das Klauseln gegen Diskriminierung in verschiedenen Bereichen vorsieht, darunter Arbeitsmarkt und Bildungswesen. Im Jahr 2007 hatte die Europäische Union das Land aufgefordert, die EU-Richtlinie über Rassengleichheit in nationales Recht umzusetzen.

Übermäßige Gewaltanwendung

Mitte 2008 stellten Polizei und Staatsanwaltschaft die strafrechtlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der Misshandlung von Demonstranten und anderen Personen durch Polizisten auf einer Demonstration im April 2007 in der Hauptstadt Tallinn aus Mangel an Beweisen ein. Allerdings bestätigten die Ermittlungen in mindestens einem Fall, dass Menschen misshandelt worden waren. Es wurden jedoch keine Maßnahmen ergriffen, da die Täter unbekannt waren.

Im Februar legten sieben Personen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde mit der Begründung ein, dass sie rechtswidrig festgenommen und inhaftiert sowie unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt worden seien und die estnischen Behörden es ablehnen würden, hinsichtlich ihrer ungesetzlichen Festnahme und Inhaftierung Ermittlungen einzuleiten.

Menschenrechtsverteidiger

Im Juni veröffentlichte die Polizeibehörde ihren Jahresbericht. Darin erhob sie schwere Vorwürfe gegen das Juristische Informationszentrum für Menschenrechte (Legal Information Centre for Human Rights – LICHR), eine NGO, die sich für die Rechte von Angehörigen sprachlicher Minderheiten einsetzt. In dem Bericht hieß es, das LICHR werde von Russland dazu benutzt, wissenschaftliche Forschungen zu Propagandazwecken durchzuführen. Außerdem wurde dem LICHR angelastet, es wolle seine Finanzierung aus russischen Quellen verheimlichen. Diese Vorwürfe wurden weithin als ein Versuch der Regierung aufgefasst, das LICHR in ein schlechtes Licht zu rücken und dessen Bemühungen zu untergraben, die nötige finanzielle und gesellschaftliche Unterstützung zu finden, die es für seine Arbeit braucht.

Estnisch kein Ersatz für Chemieunterricht

Estlands Bildungsministerium unterstützt russische Schulen finanziell, wenn sie mehr Unterricht auf Estnisch anbieten.

Die Tageszeitung Eesti Päevaleht sieht das kritisch:

„Den meisten Esten mag die Initiative für mehr Estnisch in russischen Schulen ja gefallen, denn schließlich wollen wir unter uns Russen haben, die unsere Sprache beherrschen. Die Esten sind von der Kampagne sogar so begeistert, dass sie russischen Eltern, die mit diesen Plänen nicht einverstanden sind oder gar ihren Unmut äußern, sofort Börsartigkeit unterstellen. Aber das ist übertrieben, denn in einer freien Gesellschaft können nicht alle einer Meinung sein, und hier handelt es sich um eine wichtige Frage. Viele Russen fürchten ganz einfach, dass ihre Kinder nicht gut genug vorbereitet sind und hinter den Esten zurückbleiben, weil der Unterricht für sie aufwändiger wird. Und werden die Kinder eines Tages Medizin studieren können, wenn sie statt Chemie Estnisch gelernt haben?“



aktuelle Internetausgabe 2010

Estland

Staatsaufbau / Innenpolitik

...

Russischsprachige Bevölkerung

Mit der Wiedererlangung der estnischen Unabhängigkeit 1991 erhielten diejenigen Einwohner Estlands, die in der Zeit der sowjetischen Besatzung in das Land gekommen waren (gut ein Drittel der damaligen Bevölkerung), das Recht auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Aufenthaltsberechtigte Nicht-Esten haben das aktive Kommunalwahlrecht. Sie können außerdem in einem Naturalisierungsverfahren (Nachweis von Sprachkenntnissen) die estnische Staatsangehörigkeit erlangen.

Von dieser Möglichkeit haben bereits rund 147.000 Personen Gebrauch gemacht, das heißt über 50 Prozent der Betroffenen. Ferner wurden Erleichterungen bei der Familienzusammenführung beschlossen.

Ein staatliches Integrationsprogramm „Integration in die estnische Gesellschaft 2000-2007“ hatte die sprachlich-kommunikative, rechtlich-politische und sozial-ökonomische Integration der Nicht-Esten zum Ziel. Es wird durch das „Nationale Integrationsprogramm 2008 – 2013“ weitergeführt.

Im April 2007 kam es wegen der Verlegung eines sowjetischen Ehrenmals in Tallinn und anderen Städten zu Auseinandersetzungen und gewalttätigen Demonstrationen. Dessen ungeachtet bleibt die Integration der russischsprachigen Bevölkerung ein wichtiges, aber auch schwieriges politisches Thema.

Zu Beginn des Schuljahres 2007/8 wurde in allen russischsprachigen Gymnasien Estlands das Unterrichtsfach „Estnische Literatur“ auf Estnisch eingeführt. Im Herbst 2008 wurde ein weiteres Fach eingeführt, das auf Estnisch unterrichtet wird. Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 ist nun ein drittes obligatorisches Unterrichtsfach dazugekommen. Russischsprachige Schüler lernen nun in der Schule estnische Literatur, Musik und Sozialkunde in estnischer Sprache. Bis 2012 wird jedes Jahr ein weiteres Fach hinzukommen, so dass schließlich 60 Prozent des Unterrichts auch an russischsprachigen Schulen auf Estnisch stattfinden soll.



06.03.2011

Unerwünschte Integrationshilfe aus Tallinn

Estlands russische Minderheit macht knapp 30 Prozent der Bevölkerung aus. Über die strikte und teure Sprachpolitik des Landes sind viele empört. Das könnte die Parlamentswahl an diesem Sonntag beeinflussen.

Von Konrad Schuller, Narwa



Die Russenburg im Blick: An der estnischen Ostgrenze in Narwa

Wer von Narwa über den Fluss schaut, zur alten Russenburg Iwangorod, der erfasst gleich, dass das hier kein Platz für Angsthäsen ist. Am linken Ufer, in der Festung Narwa eben, hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder der „Westen“ festgesetzt, von deutschen Ordensrittern über Dänen und Schweden bis zu den estnischen Grenzbeamten der Gegenwart. Drüben dagegen, in Iwangorod, hat sich Russland eingegraben. Der Gründer der Burg, Iwan der Große, hat mit Feuer und Schwert das Territorium des Moskauer Staates verdreifacht, Peter I. (auch er ein „Großer“ unter den Zaren) vertrieb 200 Jahre später endgültig die Schweden. Ein wenig weiter flussaufwärts haben 1242 russische Truppen ein deutsches Ordensheer vernichtet, als der Überlieferung zufolge das Eis des Peipussees unter den Panzerreitern einbrach.

Jetzt aber sitzt Tatjana Tereschkova in der Narwaer Paju-Schule und schlottert. Zugegeben, das Schlottern ist nicht ganz echt. Ludmila ist eine erfahrene Lehrerin mit 33 Dienstjahren, und sie weiß, dass ein wenig Dramatik nicht schadet, wenn man will, dass jemand zuhört. So schlottert sie also gewissermaßen pädagogisch zur Untermalung ihrer Botschaft: „Die Lehrer, mein lieber Herr, die Lehrer hier an unseren russischen Schulen, die haben einfach Angst.“

Die Minderheit ist die Mehrheit

Wer aber jagt ihnen solche Schrecken ein? Freundliche Damen und Herren aus der Hauptstadt Tallinn (Reval) sind es, die zuerst höflich anklopfen, aber dann offenbar ein wahres Schreckensregiment aufrichten. Eine „Sprachinquisition“ nennt sie Michail Stalnuchin, der Vorsitzende des Narwaer Stadtrates, und der Chefredakteur der „Narwskaja Gaseta“, Sergej Stepanow, schwingt sich gar zum Bild einer „Sprach-Gestapo“ empor.

Da schadet es nicht, sich die Tatsachen vor Augen zu führen. Estland, das 1991 nach 46 Jahren der sowjetischen Besetzung seine Unabhängigkeit wiedergewonnen hat, beherbergt eine russische Minderheit, die knapp 30 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Der estnische Staat

sieht in den „Russen“ die Nachfolger der Besatzer, die unter Stalin das Land terrorisiert hatten. Sie bekamen deshalb nach 1991 meist nicht automatisch die neue Staatsbürgerschaft. Nur wer eine Sprach- und Verfassungsprüfung ablegte, erhielt den estnischen Pass; wer das nicht wollte oder nicht konnte, blieb „Nichtbürger“ ohne Wahlrecht – oder er nahm die russische Staatsbürgerschaft an. Das Unbehagen an den slawischen Nachbarn ist Konsens in der estnischen Mehrheit, und auch jetzt wieder, vor der Parlamentswahl am Sonntag, hat die Koalition des Ministerpräsidenten Ansip von der allgegenwärtigen Angst vor Moskau zu profitieren gesucht.

Im Osten Estlands aber ist die Minderheit die Mehrheit. In Narwa sprechen 94 Prozent russisch. Nur 46 Prozent haben die estnische Staatsbürgerschaft angenommen, 17 Prozent sind „Nichtbürger“ ohne Wahlrecht. 36 Prozent haben sich für russische Pässe entschieden, was ihnen erlaubt, unter der grimmigen Festung des Zaren Iwan jenseits des Flusses, Zigaretten zu kaufen oder ihre Autos samt Scheibenwaschanlage mit Schmuggelbenzin zu betanken. Iwangoöder Tankwarte haben dafür eigens steile Rampen an ihre Zapfsäulen gestellt, weil bei Schrägstand mehr Benzin in den Tank passt.

Weil aber die Allgegenwart des Russischen in manchen Gebieten des Landes nur schlecht in das Konzept eines estnischen Estland passt, hat Tallinn in den letzten Jahren ein striktes Programm zur Durchsetzung der estnischen Amtssprache entworfen. Es verpflichtet alle Staatsbeamten und obendrein Berufsgruppen wie Taxifahrer, Verkäuferinnen und Friseurinnen, unter Androhung des Jobverlustes Estnisch zu lernen.

Eine schwere Sprache

Und nun also hat die Sprachenpolitik die Narwaer Paju-Schule erreicht. Wie an etwa 100 weiteren Schulen in den russischsprachigen Gebieten werden die ethnischen Esten hier in Estnisch unterrichtet, die „Russen“ dagegen in Russisch. Nun aber schreibt eine Vorschrift russischen Oberschulen vor, vom kommenden Schuljahr an 60 Prozent des Unterrichts auf Estnisch zu halten. Und die Besucher, vor denen Tatjana Tereschkowa so ausdrucksvoll zittert, sind Beamte des „Sprachinspektorats“. Die kleine Tallinner Behörde hat die Aufgabe, den vorschriftsmäßigen Gebrauch des Estnischen im ganzen Land zu prüfen.

Estnisch ist eine schwere Sprache. Es gibt kaum Ähnlichkeiten zu anderen europäischen Sprachen (außer dem Ungarischen und dem Finnischen). Es gibt zwei Infinitivformen, vierzehn Fälle und unzählige Endungen. Den Unmut steigert, dass die russischen Lehrer, die vom kommenden Jahr auf Estnisch unterrichten sollen, sich dazu von der Sprachstufe B2 auf C1 verbessern müssen – ein Niveau, das einen flüssigen spontanen Vortrag erlauben soll. Wer das nicht schafft, muss Strafe zahlen, einen (teuren) Sprachkurs belegen und bei ausbleibendem Erfolg mit der Entlassung rechnen.

„Strafmaßnahmen“ begrenzen

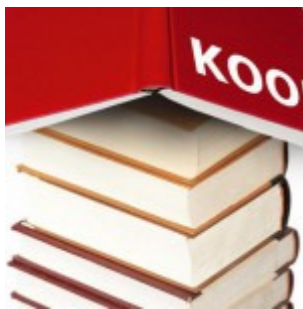
So sitzen also erfahrene alte Lehrer vor kichernden Schülern und fürchten sich. Das Sprachinspektorat hat dieser Zeitung mitgeteilt, dass in Narwa, wo das Estnische im Alltag nicht vorkommt und auch im Fernsehen nur russische Sender gesehen werden, zuletzt etwa 70 Prozent der Lehrer in den Tests durchgefallen sind. „Angehörige großer Nationen haben eben oft Probleme mit Fremdsprachen“, sagt Amtschef Ilmar Tomusk knapp. Tatjana Tereschkowa schlägt sich seit Jahren mit Sprachkursen herum, und jetzt ist sie so eingeschüchtert, dass sie darum bittet, ihren tatsächlichen Namen in der Zeitung nicht zu verwenden. In den vergangenen Jahren hat sie, wie sie unter ausdrucksvollem Seufzen versichert, etwa 400 Euro für Sprachkurse ausgegeben, für Narwaer Verhältnisse eine stattliche Summe. Dass sie jemals „C1“ erreichen wird, glaubt sie nicht. Dass sie eine neue Arbeitsstelle fände, glaubt sie erst recht nicht.

Amnesty International hat das Sprachinspektorat für seine „repressive“ Politik kritisiert. Der Europarat fordert die Behörde auf, ihre „Strafmaßnahmen“ zu begrenzen. Michail Stalnuchin,

der stellvertretende Bürgermeister, der in seinem Amtszimmer eine Büste Peters des Großen, des Narwa-Eroberers, beherbergt, sieht eine ausgewachsene „Assimilierungspolitik“ am Werk. Ilmar Tomusk von der Spracheninspektion dagegen stellt die Tätigkeit seines Amtes als wohltätiges Bildungsprogramm dar: Die russische Bevölkerung habe das Recht, am öffentlichen Leben teilzunehmen – also habe die Regierung geradezu die Pflicht, ihr die Amtssprache beizubringen. Zum bösen Wort von der „Sprach-Gestapo“ hat Estlands oberster Sprachkontrolleur nur einen kurzen Kommentar: „Volksdichtung!“

Text: F.A.Z., Bildmaterial: Konrad Schuller

Estland setzt auf Estnisch an allen Schulen



An Estlands russischsprachigen Gymnasien wird schrittweise Estnisch als Unterrichtssprache eingeführt.

Die Tageszeitung Postimees befürwortet den Schritt, sieht aber noch Nachbesserungsbedarf:

„Viele russische Schulen wären auf der Stelle in der Lage, zum Unterricht auf Estnisch überzugehen, weil sie die Bereitschaft dazu haben und die notwendigen Sprachkenntnisse vorhanden sind. Aber es gibt in Estland eben auch die Gymnasien, an denen die Lehrer nicht gut genug vorbereitet sind, von den Schülern ganz zu schweigen.

... Es gibt auch wirtschaftliche Argumente, die für den Übergang sprechen: Es ist schwieriger und teurer, auf Estnisch und auf Russisch Lehrpläne auszuarbeiten, Materialien zu drucken und Methoden vorzubereiten, als wenn man dies auf Grundlage einer Sprache tut. Der Trend geht außerdem schon länger zur Ausbildung auf Estnisch, weshalb sich das Bildungsministerium immer weniger um Material speziell für russische Schulen kümmert. Aber bei jedem Prozess gibt es auch den Zeitpunkt, an dem er evaluiert werden muss.“

Foto: Scanpix / kollaaž Katri Karing